

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

Inhalt:	Seite	Inhalt:	Seite
Eine Geschichte des Sozialismus in England. III. (Schluß) . . . . .	369	Kongresse. Der dänische Gewerkschaftskongress . . . . .	380
Gesetzgebung und Verwaltung. Regierungsmassnahmen gegen die französischen Gewerkschaften . . . . .	371	Kartelle und Sekretariate. Arbeitersekretär für Aischersleben gesucht. — 3. Gewerkschaftskonferenz für das Großherzogtum Hessen . . . . .	382
Statistik und Volkswirtschaft. Die Steinindustrie im Großherzogtum Baden. — Arbeitseinstellungen in Finland im Jahre 1912. . . . .	372	Anderer Organisationen. Aus den polnischen Gewerkschaften . . . . .	382
Soziales. Die herrschende Arbeitslosigkeit in Breslau . . . . .	375	Mitteilungen. Zur Beachtung für alle Arbeiter, welche nach Frankreich zu reisen gedenken. — Für die Verbandssepeditionen . . . . .	383
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke. IX. — Aus den deutschen Gewerkschaften . . . . .	376	Hierzu: Statistische Beilage Nr. 4. Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.	

### Eine Geschichte des Sozialismus in England.

#### III.

Was man speziell als die Chartistenbewegung bezeichnet, nämlich der mit dem Jahre 1837 erneute einsetzende große Kampf um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht als dem „Volkscharter“, war, im geschichtlichen Zusammenhang betrachtet, der heroische Versuch, zwei Niederlagen abzuwehren, welche die Arbeiterklasse Englands damals schon erlitten hatte, die eine auf politischem Gebiet, die andere in einer gewerkschaftlich revolutionären Aktion. Während der bürgerlicherseits geführten Bewegung um die Wahlreform von 1832 waren die Bemühungen der Arbeiter, dem Wahlrecht einen demokratischen Charakter zu erwirken, fehlgeschlagen. Ungeachtet der in Arbeiterversammlungen und der Arbeiterpresse erhobenen Proteste war die Reform in einer Gestalt durchgegangen, die, statt wenigstens einem Teil der Arbeiter das Stimmrecht zu geben, vielmehr die Folge hatte, daß an den wenigen Orten, wo Arbeiter in größerer Zahl Parlamentswähler waren, sie dies Recht nun verloren. Im Jahre 1834 aber wurden die Arbeiter in einer Massenstreikbewegung gewerkschaftlicher Natur geschlagen, die revolutionäre Züge trug und von deren führenden Persönlichkeiten ein Teil den Umsturz der Gesellschaft ausschließlich durch den Gewerkschaftskampf erzielen zu können glaubten. In dem von Genossenschaftlern Owen'scher Schule gegründeten Wochenblatt „The Crisis“ schrieb im Jahre 1833 deren aus einer Weberfamilie hervorgegangener Redakteur James G. Smith im Hinblick auf eine im großen Stil geplante kombinierte Aktion von Gewerkschaften und Genossenschaften:

„Ein Kampf bereitet sich vor, aber es ist ein Kampf, in dem wir sicherlich siegen werden. . . . Die unmittelbare Folge seines Versuchs, die Anstrengungen des Volksgeistes im gegenwärtigen Augenblick zu unterdrücken, wird der feste Entschluß des Volkes sein, für sich selber Ge-

setze zu machen. Das wird das Resultat sein: wir werden ein wirkliches Haus der Gemeinen haben. Das einzige wirkliche Haus der Gemeinen ist das Haus der Trade Unions. Wir werden unsere eigenen „Wahlkreise“ haben; jede Trade Union soll ein Wahlkreis sein, und jede Union wird ihren Vorstand haben. Das Parlament versteht nichts von den Interessen des Volks und kümmert sich um sie nicht. Es setzt sich aus Profitmachern zusammen. Wie kann ein Grundbesitzer einen Arbeiter verstehen? . . . Das Reformparlament ist diskreditiert und wird die alte Achtung nicht mehr zurückgewinnen. Es wird durch ein Haus der Trade Unions ersetzt werden.“

Und im „Pioneer“, dem radikalen Wochenblatt der verbündeten Bauhandwerker, dessen Motto „Der Tag der Erlösung ist nah“ klar erkennen läßt, in welchen Ideen seine Herausgeber lebten, schrieb sein Redakteur James Morrison, selbst ein Bauhandwerker:

„Die Union ist die einzige Methode, durch die die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht erhalten können; denn in der Union erhalten sie es durch die Praxis; hier sind sie vorerst Lehrlinge, um dann an der Verwaltung ihrer Geschäfte teilzunehmen. Die wachsende Macht und die wachsende Intelligenz der Trade Unions werden, wenn richtig geleitet, alle wirtschaftlichen Interessen des Landes in ihre Kreise ziehen; durch ihre eigene Kraft werden sie eine Bedeutung erlangen, die in der Gesellschaft geradezu diktatorisch sein wird. Wenn dieser Zeitpunkt eintritt, werden wir alles haben, was wir wollen; wir werden auch das allgemeine Wahlrecht haben, denn wenn jedes Mitglied der Union gleichberechtigt ist und die Union zum vitalen Organ des Staates wird, so wird die oberste Leitung ein Haus der Trade Unions sein, dessen Zusammensetzung von der Stimme eines jeden Arbeiters abhängen wird. Das Haus der Trades wird die wirtschaftlichen Interessen des Landes

leiten in Uebereinstimmung mit dem Willen der Unions. Das ist die aufsteigende Stufenleiter, durch die wir zum allgemeinen Wahlrecht gelangen. . . . Bei uns beginnt das allgemeine Wahlrecht in der lokalen Union, erhält einen ausgedehnten Charakter in der Distriktsunion und in der allgemeinen Union, um dann die politische Macht zu verschlingen und in der allgemeinen wirtschaftlichen Organisation des arbeitenden Volkes absorbiert zu werden."

Uebersetzt man sinngemäß die Ausdrücke Union oder Trade Union in Gewerkschaft und allgemeine Union in Bund der Gewerkschaften, so muten diese, vor nahezu achtzig (!) Jahren geschriebenen Sätze ungemein modern an. Sie sind der Ausdruck von Gedankengängen, in der sich die Theorie der Anarcho-sozialisten unserer Tage bewegt. Beer bezeichnet die Jahre 1833/34, in denen diese Gedanken die Oberhand gewinnen, als „die syndikalistische Phase“ der sozialistischen Arbeiterbewegung Englands. Und in der Tat ist die Uebereinstimmung der damaligen Phraseologie mit der Sprache und Argumentierungsweise der revolutionäre Syndikalisten unserer Tage überraschend. Vierzehn Tage, nachdem das zulezt Zitierte erschienen war, liest man in der „Crisis“ vom 31. Mai 1834:

„Ehe das Pferd aus dem Stall gelassen wird, um auf der grünen Wiese seine Freiheit zu genießen, muß es von der Deichsel losgeschürt werden; das Scheuerleder, das seinen Hals im Kragen hält, muß losgemacht und Gebiß und Kragen müssen abgenommen werden: es muß von allem frei sein, was an seine Sklaverei erinnert. Wer da sagt, wir würden nie frei sein, bis wir das allgemeine Wahlrecht erhalten, sagt tatsächlich nur, wir würden nie frei sein, bis wir frei sind. Unsere Lage ist keine politisch-parlamentarische und kann nie zu unserem Nutzen politisch werden, solange wir keine ökonomisch unabhängige Macht in der Gesellschaft bilden. Nur die Union kann uns diese Macht geben.“

Robert Owen hatte seinen Anhängern die Enthaltung vom politischen Kampf aus Gründen der Ethik gepredigt. Er wollte sie aus der korrupten Atmosphäre der damaligen Wahlkämpfe fernhalten. Unter dem Einfluß der ungeheuren Gärung, die sich zu jener Zeit des zum Bewußtsein seiner Klassenlage gelangten Teils der englischen Arbeiter bemächtigt hatte, legten sich die jungen Feuergeister der Bewegung die Sache aber nicht ethisch, sondern sozialrevolutionär aus. Die Parole „abseits vom Parlament der Besitzenden“ erhielt den Sinn von „gegen dieses Parlament“ oder, in noch schärferer Fassung, „über dieses Parlament hinweg.“ Die von Owen erstrebte Hebung der arbeitenden Klassen sollte radikal durch deren Erhebung bewirkt werden, und ein großer, durch einen Centralausschuß „befestigter (consolidated) Bund aller Gewerkschaften“ sollte einem Riesenausstand den nötigen Rückhalt geben. Im Hinblick auf diesen allgemeinen Streik, den zuerst ein Verleger radikaler Flugchriften, der aus dem Schuhmacherberuf hervorgegangen war, und schriftgewandte Buchhändler und Stoffhausbefitzer William Dobson propagiert hatte, war 1833/34 der Zustrom zu den Gewerkschaften so stark und die in diesen herrschende Kampflust so allgemein, daß auch Robert Owen selbst an eine bevorstehende soziale Katastrophe zu

glauben anfang und davon sprach, die soziale Umwälzung werde wahrscheinlich mit Plötzlichkeit „wie ein Dieb in der Nacht“ über die Gesellschaft kommen. Im Februar 1834 trat der große Gewerkschaftsbund ins Leben, und an Streiks, die „wie ein Dieb in der Nacht“ hereinbrachen, fehlte es nicht. Aber gerade weil es ihrer so viele waren, konnte der Bund ihnen keinen finanziellen Rückhalt bieten. Ein Streik nach dem anderen ging daher verloren, Reibereien stellten sich ein, der Gegensatz zwischen Owen und seinen revolutionär gesinnten Schülern verschärfte sich. Owen ließ die „Crisis“ eingehen, und ehe der Sommer 1834 verstrichen war, war es mit dem großen Gewerkschaftsbund zu Ende. Die Unternehmer rächten sich durch Maßregelungen aller Art und erzwangen den Austritt vieler Arbeiter aus den Organisationen, fast alle neugegründeten Gewerksvereine verschwanden von der Bildfläche, und die älteren verloren stark an Mitgliedern.

Diese Vorkommnisse muß man kennen, um die Geschichte der Chartistenbewegung richtig zu verstehen und ihre Mißerfolge zu begreifen. Als zum Beispiel im Jahre 1842 der junge Friedrich Engels nach England kam und die Chartistenbewegung studierte, waren für die Presse und Literatur die Vorgänge der Jahre 1833/34 schon Ereignisse der Vergangenheit, von denen man nicht mehr sprach. Aber in den Köpfen vieler Arbeiter und namentlich in den Reihen der Leiter der noch erhalten gebliebenen Gewerkschaften waren sie noch nicht abgetan. Da vergaß man die Wunden nicht, welche die mit so großen Erwartungen und pompösen Ankündigungen ins Werk gesetzte Aktion von 1834 den Organisationen geschlagen hatte, da reduzierte man die spekulativ gewonnene und daher grundirrigte Vorstellung von der Macht der Arbeiterklasse über die Gesellschaft auf das Maß der wirklichen Machtverhältnisse oder, wie das Ernüchterungen mit sich bringen, noch etwas unter dieses herab. Jedenfalls haben wir hier die Erklärung dafür, warum die meisten englischen Gewerksvereine der damaligen Zeit sich zu der chartistischen Agitation, wenn nicht geradezu ablehnend, so doch kühl kritisch verhielten. Sie waren nicht Gegner des Ziels dieser Agitation, aber sie glaubten nicht an die Möglichkeit eines unmittelbaren Erfolges und waren daher für die vom radikalen Flügel der Chartisten propagierten taktischen Maßnahmen nicht zu haben. Ueber dem Himmel der Chartistenbewegung hing die Wolke dieser Vorgeschichte, und wer diese nicht kennt, wird notgedrungen zu falschen Urteilen über die Natur und Bedeutung der Gegensätze im chartistischen Lager getrieben. Was wir bisher in unserer deutschen Parteiliteratur über diese hatten, leidet alles mehr oder weniger unter diesem Fehler. Die hier beliebte Gegenüberstellung der Fraktionen im Chartistenlager: proletarisch gegen Kleinbürgerlich, wo proletarisch mit radikal und Kleinbürgerlich mit gemäßigt gleichgesetzt wird, reicht ganz und gar nicht aus, sondern verdunkelt vielmehr den wirklichen Tatbestand. Es waren ganz andere Momente, die bei den Entscheidungen über die Taktik des Kampfes für den Volkscharter den Ausschlag gaben.

In der Chartistenbewegung wiederholten sich die Illusionen und Fehlschläge der oben zusammengefaßten Vorgeschichte auf größerer Basis. So erkennen wir jetzt z. B. das Chartistenparlament als einen Versuch, die in „Crisis“ und „Pioneer“ entwickelte Idee vom Ersatz des bürgerlichen durch ein Arbeiterparlament in etwas anderer Form zur Verwirk-

lichung zu bringen, den Plan des „heiligen Monat“ als Versuch, die Massenstreiks von 1834 in einer Form zu wiederholen, die — durch die zeitliche Begrenzung — stärkere Konzentration der Kräfte zu versprechen schien, und anderes mehr. Beer's Kapitel über die Chartistenbewegung, die den Mittelpunkt seines Buches bilden, sind von den vorher bezeichneten Irrtümern frei. Unbefangen, lediglich auf Grund der ermittelten und sorgfältiger Nachprüfung unterworfenen Tatsachen werden die inneren und äußeren Kämpfe der so bedeutungsvollen Bewegung geschildert und kritisch beleuchtet. Zum ersten Mal, darf man sagen, erhalten wir eine wissenschaftlich fundierte Geschichte einer Agitation, die zeitweise die herrschenden Klassen Englands erzittern machte, die in Friedrich Engels und auch in Karl Marx den Glauben erweckte, England stehe am Vorabend des Sturzes der Bourgeoisieherrschafft, die jedoch damit endete, daß die Bourgeoisieherrschafft in England festere Gestalt erhielt, als in den entwickelten Ländern des Festlandes, und daß Englands Gewerkschaftsbewegung vieler Jahrzehnte ohne die Ergänzung und geistige Beeinflussung durch eine umfassende politische Partei des Proletariats sich zu entwickeln hatte. Wie die Vorgeschichte des Chartismus den Schlüssel zu dessen Schicksalen liefert, so erklärt uns seine Geschichte wiederum, warum die Internationale Arbeiterassoziation, obwohl in England gegründet, auf dessen Arbeiterbewegung fast einflußlos blieb, und warum die um 1880 erneut einsetzende sozialistische Agitation auf fast unüberwindlich scheinende Widerstände in der organisierten Arbeiterschaft stößt, eine Arbeiterschaft, die trotz mancher Fehler sich bei unzähligen Gelegenheiten immer wieder als gut demokratisch gesinnt gezeigt hat und für sozialistische Maßnahmen durchaus nicht unempfänglich war.

Nicht allen Urteilen Beer's kann der Unterzeichnete zustimmen. Es ist ja begreiflich, daß bei Rekonstruktion geschichtlicher Vorgänge der subjektiven Wertung noch ein erheblicher Spielraum bleibt. Für die Einschätzung des Wertes als ein Ganzes ist das unwesentlich. Hier kommt es auf die Methode der Geschichtsbetrachtung und die Gewissenhaftigkeit der Geschichtsforschung an, und in beider Hinsicht verdient das Buch Beer's rückhaltlose Anerkennung. Ganz besonders was die Geschichte der Ideenwelt des englischen Sozialismus betrifft, eine Geschichte, die viel reicher ist, als die meisten ahnen, wird das Buch sehr hohen Ansprüchen gerecht. Vermißt habe ich dagegen unter anderem ein Eingehen auf die Rückwirkung des englischen Freikirchentums, seiner sozialen Rolle und seines Gegensatzes zur Staatskirche auf die politischen Kämpfe Englands und auf die Haltung der Arbeiter in diesen Kämpfen. Wer die Geschichte des englischen Freikirchentums nicht kennt, dem bleibt ein bedeutender Faktor der Gestaltung der politischen Parteien Englands ein Geheimnis. Gerade im industriellen Norden Englands hat das kirchliche Sektierertum, der Nonkonformismus, einen bedeutenden Einfluß auf große Kreise der Arbeiterschaft ausgeübt, sehen wir selbst noch heute Arbeiterführer als Kanzelredner in Kapellen von Sekten auftreten. In den kirchlichen Sekten haben sich vielfach Arbeiter und bürgerlich Radikale zusammengefunden. Das politische Verhalten gar mancher Arbeiterführer wird nur dadurch völlig erklärt, daß man sich auch über ihre Zugehörigkeit zu Kirchengemeinschaften genau unterrichtet. Es ist das sehr oft ein Verhältnis, wie es ähnlich in Deutschland bei Arbeitern

stattfindet, die der katholischen Kirche angehören. Nicht genügend hervorgehoben ist meines Erachtens auch die Tatsache, daß bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts hinein England kein auch nur einigermaßen leistungsfähiges Schulwesen hatte, daß ein ungeheurer Prozentsatz der englischen Arbeiterschaft ohne jedweden Elementarunterricht aufwuchs, so daß die Klassenscheidung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern fast zu einer kulturellen Scheidung wurde und ein Vertrauen in die politische Befähigung des Proletariats als Ganzes bei einem großen Teil der englischen Arbeiterschaft sich gar nicht entwickeln konnte. Ein bedeutungsvoller Faktor des geistigen Erschlaffens der englischen Arbeiter war ferner die starke Auswanderung, die in den vierziger Jahren einsetzte und die folgenden Jahrzehnte sich noch steigerte, in vielen Fällen direkt unterstützt durch die Gewerkschaften, deren Politik sich traditionell darauf richtete, durch Verminderung des Arbeiterangebots günstige Arbeitsbedingungen zu erwirken. Es ist kaum ein Zweifel daran möglich, daß die hochgradig betriebene Auswanderung zu einem Sinken des physischen und geistigen Durchschnitts der Zurückbleibenden führen mußte, denn es sind zumeist die gewedterten, tatkräftigeren Elemente, die sich zur Auswanderung entschließen. Auch in bezug hierauf hätte einiges gesagt werden müssen.

Das sind aber Ausstellungen, die gegenüber den großen Vorzügen des Beer'schen Buches leicht ins Gewicht fallen. Dies Buch ist ein Werk, das niemand übersehen darf, der sich mit der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung Englands vertraut machen und zu einem wissenschaftlich begründeten Urteil über sie kommen will. Dabei ist es sehr lebendig gehalten, eine in hohem Grade fesselnde und geistig anregende Lektüre. Er führt uns, im Zusammenhang mit heroischen und pathetischen Kämpfen, eine an bedeutungsvollen Erscheinungen ungemein reiche Ideenwelt vor. Der englische Sozialismus hat in seiner Frühzeit Theorien von einer Schärfe und Kühnheit der Deduktion hervorgebracht, die kaum irgendwo übertroffen worden sind. Wir werden beim Lesen dieses Buches inne, wie sehr wir auf den Schultern jener ersten Pioniere der Bewegung stehen, wie fast alle sozialistischen und sozialkritischen Begriffe mit denen wir noch heute operieren, schon von ihnen entwickelt wurden, und gewinnen so Maßstäbe des Urteils, die uns über uns selbst bescheidener denken machen, dafür aber den Horizont unseres geschichtlichen Erkennens um so mehr erweitern.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Regierungsmahnahmen gegen die französischen Gewerkschaften.

Unsere Leser wissen, daß die französische Regierung eine Militärvorlage dem Parlament unterbreitet hat, wonach die seit 1905 allgemein zweijährige Dienstzeit um ein Jahr verlängert werden soll. Gegen diese Vorlage haben auch die französischen Gewerkschaften Protest erhoben. Die französischen Gewerkschaften betreiben seit langem eine antimilitaristische Propaganda, von der Erwägung ausgehend, „daß die Ausübung des Streikrechts nur eine Dampierung ist, solange die Soldaten bereit sein werden, die zivilen Arbeitskräfte zu ersetzen und die Arbeiter zu massakrieren“, wie es in der Resolution des Gewerkschaftskongresses von Marseille (1908) heißt, deren Wortlaut seitdem wiederholt auf anderen Gewerkschaftskongressen bestätigt wurde.

der Landesregierung nicht viel ändern, daß in Zukunft beim Bau von Staatsgebäuden dem Naturstein mehr Beachtung geschenkt werden sollte. Allerdings, die Lage ist auch deshalb so prekär, weil sich zuviel Steinmetzen als Kleinmeister selbständig gemacht haben. Der Kunststein greift immer mehr um sich und die nichtkapitalkräftigen Unternehmer sind die zuerst Geschädigten. — Am stabilsten ist die Granitindustrie, welche im Schwarzwald ihr Domizil hat. Die Städte haben heute einen großen Bedarf an Bord- und Pflastersteinen und so darf der Schluß gezogen werden, daß die Granitindustrie noch ziemlich ausdehnungsfähig ist. — Allerdings, einige Stadtverwaltungen gehen schon dazu über, die in den Hochöfenwerken hergestellten Schlackensteine zu verwenden.

Eines der bedenklichsten Momente bei der Rohsteingewinnung ist das Pachtssystem, das vielfach geradezu ein Hindernis für einen ordnungsmäßigen Betrieb wird. Die Pachtung ist meistens kurz (4 bis 6 Jahre), dadurch werden die Steinbrüche ausgeschunden, von einem Einhalten der Arbeitervorschriften sei vielfach dann keine Rede mehr. — In den Sandsteinbrüchen ist bei der Materialgewinnung das sogenannte „Unterhöhlen“ üblich. Da die Betriebe doch nicht zu häufig revidiert werden können, machen sich die Betriebsleiter die sich sehr billig stellende Unterhöhlungsmethode stark zunutze. Die Unfälle, welche dabei vorkommen, betreffen immer mehrere Personen und haben meist sehr schweren Ausgang. — Gegen die Schickvorschriften wird geradezu in flagranter Weise verstoßen. Wörtlich sagt der Bericht: „Dynamit, Pulver und Sprengkapseln werden in irgend einem Winkel untergebracht: in den Schutzhütten, Aufenthaltsräumen, Werkstätten und sogar in den Schmieden.“

Ueber die Zahl der Betriebe und Arbeiter gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

Gesteinsart	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter
Sandstein . . . . .	395	2335
Kalk . . . . .	415	1626
Granit und Gneis . . . .	143	972
Porphy, Basalt, Dolomit	67	1216
Gips . . . . .	11	50
Anderer Gesteinsarten . .	12	112
Steinhauereien mit gemischter Verarbeitung	182	440
	1225	6751

Es wurden 882 Betriebe gezählt, die nicht mehr als je 5 Arbeiter beschäftigten. Damit ist am besten gekennzeichnet, wie sich in der Steinindustrie das „Zwergunternehmertum“ breit gemacht hat. Vor 10 und 15 Jahren herrschte nämlich in der Sandsteinbranche flotter Geschäftsgang und da hat so mancher Steinmetzgeselle den Entschluß gefaßt, „selbständig“ zu werden. Diese nunmehrigen Unternehmer werden den gemachten Schritt sicherlich bereuen. — Im Nedartal und im Murgtal, mit ehemals einer zahlreichen Steinarbeiterschaft, hatte der Niedgang der Sandsteinindustrie nicht allzu schlimme Folgen. Die Steinbrecher und Steinmetzen hatten Gelegenheit, in den zahlreichen Fabriken unterzukommen und entgingen dadurch der Arbeitslosigkeit. In manchen Orten, in denen früher die Steinarbeiter einen ansehnlichen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachten, sind dieselben heute gänzlich verschwunden. Eine Stelle im Bericht ist besonders drastisch für das „Aussterben“ der Sandsteinmetzen: „Da die jüngsten Steinmetzen des (Murg-) Tals schon 32—35 Jahre alt sind und Nachwuchs völlig fehlt, läßt sich mit Sicherheit voraussehen, bis wann der letzte ein-

heimische Steinmetz seinen Platz verlassen haben wird.“ —

Leider ist diese Konstatierung nur zu wahr.

Die Arbeiterfrage hat der Verfasser natürlich sehr eingehend behandelt und er hat mit scharfem Auge selbst die kleinsten Details beobachtet. Die badischen Steinarbeiter entstammen in ihrer überwiegenden Mehrzahl der ortsansässigen bäuerlichen Bevölkerung, von der sie sich auch während der Berufslosigkeit in Sitten und Gewohnheiten nicht trennen. Die sozialen Unterschiede zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sind meist völlig verwischt. — In der Pflastersteinindustrie sind größtenteils zugewanderte Bayern beschäftigt. Der Berichterstatter hat nicht unrecht, wenn er meint, daß diesen Arbeitern das Wandern im Blute liegt und daß sie sehr gern die Arbeitsstellen wechseln. Als Spezialisten aber (als Brecher und Pflastersteinboffierer) sind sie in ihrem Fach gesucht. — In der Granitindustrie, soweit die Herstellung von Werksteinen in Frage kommt, finden wir den bayerischen Steinmetzen ebenfalls, aber das größere Kontingent stellt der Italiener. — Insgesamt betrug die Zahl der ausländischen Steinarbeiter 706, es sind dies vorwiegend Italiener. Die Polen sind nur in den Schotterwerken anzutreffen. — Hervorgehoben wird, daß das persönliche Verhältnis zwischen den deutschen und ausländischen Arbeitern gut ist. Streitereien kämen nicht vor. Nach unserer Erfahrung hat auch in dieser Hinsicht die gewerkschaftliche Organisation ein schönes Stück Erziehungsarbeit geleistet. Vor etwa 12 Jahren waren Differenzen, hervorgegangen aus Nationalitätshader, keine Seltenheit.

Die Arbeitszeit übersteigt 10 Stunden pro Tag, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht mehr. Die Sandsteinmetzen dürfen laut Bundesratsverordnung nicht länger als 9 Stunden pro Tag beschäftigt werden. Aber auch in der Granitindustrie ist die Tendenz vorherrschend, die Arbeitszeit zu verkürzen. Sehr zutreffend meint der Bericht: „Den wirklichen Arbeitszeiten ist noch der Weg zu und von der Arbeit zuzuschlagen, der mitunter sehr erheblich ist und zum Beispiel bei den Steinbrüchen im Schwarzwald zwei bis drei Stunden ausmacht.“ — Als grober Mißstand muß es angesehen werden, daß in einigen Orten des Schwarzwaldes noch die vierwöchentliche Lohnzahlung üblich ist. Dadurch wird naturgemäß das „Blau machen“ stark gefördert. Ist die Witterung schlecht, meist fehlt es an Schuttdächern, dann setzt der Steinarbeiter gern mit der Arbeit aus, mit der Begründung: nun die Lohnzahlungsperiode ist noch lang genug, das Versäumte kann ja wieder nachgeholt werden. Auch das „Vorgippsystem“ wird durch diese rückständige Lohnzahlungsmethode sehr gefördert.

Den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ist ebenfalls ein Kapitel gewidmet. Es wird mit Recht hervorgehoben, daß die Steinarbeiter, welche ja meist auf dem Land wohnen, für die Berufsorganisation nicht so leicht zu gewinnen sind. Die Treffpunkte der städtischen Arbeiterschaft, Gesellenherbergen, Vereins- und Gewerkschaftshäuser, in denen sie nach Beendigung der Arbeit beisammen sein und angeregt und belehrt werden können, stehen ihnen nicht zur Verfügung. Der Beruf eines Steinarbeiters ist überdies körperlich anstrengend und so ist es schon erklärlich, wenn sie den wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen ziemlich gleichgültig gegenüberstehen. Eine Ausnahme machen allerdings die Sandsteinmetzen, welche in den Städten beschäftigt sind. Diese haben in ihrer Jugend meist die ganzen deut-

Ueber diese antimilitaristische Propaganda heißt es in dieser Resolution weiter: „Der Kongreß, sich auf rein wirtschaftlichem Gebiete haltend, empfiehlt die Aufklärung der jungen Leute, damit sie, wenn sie die militärische Livree anziehen werden, fest überzeugt seien, daß sie deshalb nicht weniger Mitglieder der Arbeiterfamilie bleiben und daß es ihre Pflicht ist, in den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit keinen Gebrauch von ihren Waffen gegen ihre Arbeitsbrüder zu machen.“

Der Kongreß von Toulouse (1910) hat die Aufforderung an die Syndikate hinzugefügt, „Sou du Soldat“ — Kasernen zu errichten, aus denen die beim Militär stehenden Gewerkschaftsmitglieder zu unterstützen sind und mit diesen sich in ständiger Verbindung zu halten. Solche Soldatenkasernen bestanden schon lange. Die Militaristen, die in Frankreich mit den Monarchisten und Nationalisten eng liiert sind, fingen damit an. Die Sozialisten, unter Führung Briands und die Gewerkschaften antworteten mit einer Gegenagitation. Die französische Regierung, die damals, vor bald 15 Jahren, ein monarchisches Pronunziamento der Armee befürchtete, begünstigte zunächst diese Gegenagitation. Sie trat aber bald dagegen auf, als die Gewerkschaften, statt die Soldaten für die Verteidigung der bürgerlichen Republik zu gewinnen, sie zur „Gehorsamsverweigerung“ bei Streiks zu verleiten suchten. Diese Einrichtung der Soldatenkasernen ist wiederholt gerichtlich verfolgt, aber immer freigesprochen worden. Verurteilt wurden jedoch manchmal die Zirkulare, die den Geldsendungen beigegeben waren, wenn eine „Verleitung zum Ungehorsam“ juristisch nachzuweisen war. Nun sind ja manche in dieser Agitation weiter gegangen, wie der schon genannte Briand, der den Soldaten den kaum verhüllten Rat gab, bei Manifestationen auf die Offiziere zu schießen, die ihnen den Befehl zum Schießen geben würden. Aber die Gewerkschaften hielten sich im allgemeinen an der weiter oben gekennzeichneten Richtungslinie. Von diesem Standpunkt aus nahm die Konföderation der Gewerkschaften gegen die dreijährige Dienstzeit Stellung. Sie veröffentlichte Flugblätter, Plakate, veranstaltete Versammlungen, worunter besonders die Niesenmanifestation zu erwähnen ist, die in Prés-de-Saint-Gervais, vor den Mauern von Paris, am 26. März abgehalten wurde und an der 200 000 Personen teilnahmen. Diese Agitation richtete sich natürlich an die Zivilbevölkerung, an die organisierten und nichtorganisierten Arbeiter.

Bevor die Militärvorlage jedoch im Plenum des Parlaments zur Diskussion gekommen war, beschloß die Regierung, von dem Recht, das ihr das Militär-gesetz in außerordentlichen Fällen gibt, Gebrauch zu machen und die im Herbst zu entlassende Jahrestklasse unter der Fahne zu halten. Die Kammer billigte diese Absicht mit 315 gegen 241 Stimmen. Das war am 15. Mai abends. Am 16. Mai wurde der Beschluß durch die Zeitungen bekannt und am 17. Mai begannen die Manifestationen der Soldaten gegen ihre Zurückhaltung unter der Fahne. Zunächst die Regierungspresse, später der Ministerpräsident Barthou im Senat, klagten die Konföderation an, diese Manifestationen organisiert zu haben.

Am 25. Mai sollte wie alljährlich vor der Mauer der Föderierten am Pariser Friedhof Père-Lachaise die von der sozialistischen Partei organisierte Manifestation stattfinden zur Erinnerung an die blutige Maiwoche, der Niedermehelung der Kommune vor 42 Jahren. Diese Manifestation wurde verboten. Die Partei beschloß darauf, statt auf dem Friedhof,

in Prés-de-Saint-Gervais zu manifestieren. Die Leitung der Konföderation und die des Pariser Gewerkschaftskartells beschlossen darauf, die für den 1. Juni am selben Orte organisierte Manifestation fallen zu lassen und forderten die Gewerkschaften auf, an der von der sozialistischen Partei organisierten Manifestation teilzunehmen. Das war das erstmal, daß von der Konföderation offen ein solches Zusammengehen beschlossen wurde. Etwa 150 000 Personen nahmen an der Manifestation teil. Am 26. Mai früh um 5 Uhr fanden in Paris und 88 anderen Städten Hausdurchsuchungen in den Bureaus der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen, bei bekannten Genossen, in den Bureaus sozialistischer Zeitungen usw. statt. Diese Hausdurchsuchungen sind eigentlich Einbrüche, weil sie zum großen Teile in Abwesenheit der Interessenten vorgenommen wurden, die Schlösser mit Dietrichen geöffnet und alles Agitationsmaterial beschlagnahmt wurde. So auf der Konföderation 52 000 Postkarten. Auch Kasernenbücher wurden mitgenommen. Diese Einbrüche sind doppelt ungeheuerlich, weil keine Hausdurchsuchung ohne formelle Anklage vorgenommen werden darf und die Angeklagten der Hausdurchsuchung bewohnen müssen. Bis heute ist noch keine einzige Anklage erhoben worden, was die Haltlosigkeit der Behauptungen, die Gewerkschaften hätten die Soldatenmanifestationen organisiert, beweist.

Aber die Regierung hat es dabei nicht bewenden lassen. Sie hat dem Parlament einen Gesetzentwurf unterbreitet, der unter dem Vorwande, die Rechte der Gewerkschaften zu erweitern, diese unter Polizeiaufsicht stellen soll. Man will den Gewerkschaften das Recht der juristischen Person geben, natürlich um sie leichter fassen zu können. Jede Ueberschreitung der „beruflichen Interessen“ soll mit der Auflösung der betreffenden Organisationen bestraft, jede Rekonstitutionierung der aufgelösten Organisationen mit schweren Geld- und Gefängnisstrafen belegt werden. Sehr einfach! Wir glauben nicht, daß dieser Plan gelingen kann. Das ganze Vorgehen zeigt jedoch, wie man selbst in einer Republik mit den Gewerkschaften umspringt. Jedenfalls hat die französische Arbeiterklasse jetzt mehr als je notwendig, einig und geschlossen gegen die drohende Reaktion Front zu machen.

Paris, 31. Mai.

Josef Steiner.

## Statistik und Volkswirtschaft.

### Die Steinindustrie im Großherzogtum Baden.

Der badische Gewerbeinspektionsbericht für das Jahr 1912 wurde im „Correspondenzblatt“ Nr. 14 bereits besprochen. Dem Bericht ist eine 116 Seiten starke Beilage beigegeben, welche eine eingehende Untersuchung über die Steinindustrie darstellt. Daß die gesundheitlichen Verhältnisse der Steinarbeiter recht ungünstig sind, hat ja bereits die von Calwer, im Auftrage des Centralverbandes deutscher Steinarbeiter 1911, verfaßte Denkschrift: „Die Berufsgefahren der Steinarbeiter“, bewiesen. Es war deshalb sehr zu begrüßen, daß die badische Gewerbeinspektion durch Herrn Dr. Fröhlich eine spezielle wissenschaftliche Untersuchung über die Steinindustrie des Großherzogtums vornehmen ließ.

Die allgemeine Lage der badischen Steinindustrie kann zurzeit eine rosige nicht genannt werden. Der Sandstein wird immer mehr durch Beton und Kunststein verdrängt, und daran wird auch die Zusage

schen Steinbruchdistrikte bereist und der Gedanke der Organisation ist ihnen in Fleisch und Blut übergegangen. Betont wird, daß die Pflastersteinmacher, welche aus Niederbayern kommen, den Organisationsgedanken bereits mitgebracht haben. Diese Konstatierung ist insoweit interessant, weil selbst im „rabenschwarzen“ Niederbayern der Centralverband deutscher Steinarbeiter eine feste Domäne aufweisen kann. Die Christlichen können in jener Centrumsgegend absolut nicht aufkommen.

Die Organisationsverhältnisse der badischen Steinarbeiter stellen sich folgendermaßen:

	1911 Mitglieder	1912 Mitglieder
Centralverband der Steinarbeiter . . . . .	1264	1484
Centralverband der christlichen Keram- und Steinarbeiter . . . . .	538	522
Girsch-Dunderscher Gewerbeverein . . . . .	235	248

Der Centralverband der Steinarbeiter mußert zurzeit in Baden 27 Zahlstellen, wieviel von den 522 Mitgliedern des christlichen Verbandes speziell im Steinarbeiterberuf tätig sind, war nicht zu ermitteln. Fünf Duzend werden es aber kaum sein.

Daß sich die Gauleitung des Centralverbandes der Steinarbeiter die Bildungsarbeit unter den Mitgliedern sehr angelegen sein ließ, geht daraus hervor, daß in den Orten Kürnbach, Verdingen, Sternensfels und Sulzfeld Kurse über die Arbeiterversicherung und Gewerbeordnung eingerichtet wurden. Der Bericht sagt allerdings, daß wegen zu geringer Beteiligung die Kurse nicht mehr wiederholt wurden. — Den Italienern wird ebenfalls ein günstiges Zeugnis ausgestellt, indem es heißt: „Daß sich dieselben leicht organisieren lassen und auch fest zum Verbands halten, solange sie am Orte bleiben.“

In der badischen Steinindustrie hat sich der Tarifgedanke nun endgültig durchgesetzt. Seit dem Jahre 1901 mußten aber, wie die Aufzeichnungen des Berichts sagen, die Arbeiter 44mal zur Arbeitsniederlegung schreiten. Der Streik der Granitarbeiter im Achertal, welcher im Jahre 1906 durchgeführt wurde, kostete dem Centralverband der Steinarbeiter 72 000 M. Dieser Kampf ging verloren, aber die Unternehmer wurden dadurch „tariffreundlich“ gestimmt. Zurzeit bestehen für die badische Steinindustrie 25 Tarifverträge, welche für zirka 2200 Arbeiter Gültigkeit haben. Heute erkennen auch die Unternehmer an, daß der Wert solcher Verträge sehr günstig gewertet werden müsse. Herr Dr. Fröhlich hebt besonders hervor, daß die Verträge in der Formulierung eine gewisse Einheitlichkeit erkennen lassen, woraus hervorgeht, daß die Organisationsleitung sich um die Tarifangelegenheiten sehr bemühe.

Sehr eingehende Studien hat der Verfasser über die Unfallgefahr und die sonstigen Bestimmungen des Arbeiterschutzes angestellt. Und dieses Kapitel ist sicherlich mit einer großen Sachkenntnis geschrieben. Es wird scharf kritisiert, daß die Steinbrüche so unvorschriftsmäßig abgebaut werden. Damit steigen natürlich auch die Unfallgefahren. Die Unterkunftsräume lassen sehr viel zu wünschen übrig und die Steinbruchbesitzer konnten teilweise erst durch mehrmalige „Auflagen“ veranlaßt werden, Schuttdächer und Unterkunftsräume herstellen zu lassen. Besonders in der Granitindustrie müssen die Arbeiter häufig im Freien arbeiten, wodurch sie stark mit rheumatischen Leiden behaftet werden. Dort, wo wirklich Schuttdächer oder mitunter Werkstätten vorhanden sind, werden sie nur in längeren Perioden ausgeräumt, trotzdem die Bundesratsverordnung ein wöchentliches Ausräumen vorschreibt. —

Das mit dem einschlägigen Zahlenmaterial versehene Kapitel: Gesundheitliche Verhältnisse der Steinarbeiter, wurde durch den Gewerbeinspektor Dr. med. Holkmann bearbeitet. Bei den Sandsteinarbeitern herrschen die Lungenerkrankungen vor. Die Ortstrankenkasse Freudenberg zählte im Jahre 1911 366 Mitglieder, davon waren 170 Steinarbeiter. Diese belasteten aber die Kasse weitaus am stärksten. Von 175 Krankheitsfällen entfielen auf die Steinarbeiter 118 und auf die übrigen Berufe nur 57. — Von sämtlichen Erkrankungsfällen kommen auf die Erkrankung der Atmungsorgane (Bronchitis, Lungenleiden und Lungentuberkulose) 21,2 Proz., davon allein 19 Proz. auf Steinarbeiter und 2,2 Proz. auf die übrigen Berufe. Bei den Steinarbeitern allein betrafen 28 Proz. der Erkrankungen die Atmungsorgane. — Auch mit den rheumatischen Leiden marschieren die Steinarbeiter mit 6,2 Proz. an der Spitze, desgleichen mit den erlittenen Verletzungen. In den Amtsbezirken Wertheim und Eppingen konnte ermittelt werden, daß von den verstorbenen Steinarbeitern 84 Proz. an der Lungentuberkulose zugrunde gingen. In der Granit- und Kalksteinindustrie liegen die gesundheitlichen Verhältnisse allerdings nicht so ungünstig, aber in den Granitbetrieben herrscht eine enorm hohe Unfallgefahr. — Daß man der Lungentuberkulose in der Sandsteinindustrie, trotz der erlassenen Bundesratsverordnung, welche nun seit 1902 besteht, nicht Einhalt tun kann, muß selbst der Bericht zugeben, in dem es heißt: „Daß ein Nutzen dieser hygienischen Maßnahmen jetzt schon an den Erkrankungsziellern erkennbar ist, darf bei der schleichen Wirkung des Steinstaubs, die sich über Generationen erstreckt, nicht erwartet werden.“

Um so bezeichnender ist es, daß die Reichsregierung mit ihrem Eingreifen überhaupt solange auf sich warten ließ. — Um doch einigermaßen der Tuberkulose vorzubeugen, schlägt selbst der Freiburger Universitätsprofessor Dr. med. Gahn vor, daß die Lehrlinge schon beim Eintritt in die Arbeit ärztlich untersucht werden sollen. Weiter sollen die erwachsenen Arbeiter periodisch untersucht werden. Der bekannte Hygieniker Professor Dr. Sommerfeld (Berlin) hatte ja bereits im Jahre 1901 dieselben Forderungen aufgestellt, aber der Bundesrat ignorierte sie. —

Ueber die Lohnfrage sei folgendes bemerkt: Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst beträgt:

	bei den Arbeitem	bei den Steinmetzen
a) in Sandstein		
in Freudenberg . . . . .	1005 M.	1072 M.
„ Kambach . . . . .	1076 „	879 „
„ Waldbörn . . . . .	1095 „	1176 „
„ Eberbach . . . . .	1204 „	1330 „
b) in Granit		
in Hemsbach . . . . .	1212 „	1209 „
„ Furschenbach . . . . .	1282 „	1265 „
„ Bühl (Amtsbezirk) . . . . .	1056 „	1209 „
„ Waldshut . . . . .	1238 „	1728 „
c) in Kalkstein		
in Tauberbischofsheim . . . . .	988 „	1282 „
„ Hardheim . . . . .	1072 „	1529 „
„ Höpfigen . . . . .	1260 „	1445 „

Die Granit- und Kalksandsteinarbeiter stehen sich bezüglich des Verdienstes also besser wie die Sandsteinarbeiter. Für die schwere Arbeit, welche geleistet werden muß, sind fürwahr auch die Jahresverdienste auf Granit und Kalkstein als hohe sicherlich nicht zu bezeichnen.

Am Schlusse des Berichts wird noch konstatiert, daß die Belehrung über die Schädlichkeit des Alkohols durch die Arbeiterorganisationen sehr günstig wirkte. Wir wollen gar nicht leugnen, daß der Teufel Alkohol unter der Steinarbeiterchaft sehr eingegriffen war, aber durch die intensive Aufklärungsarbeit des Centralverbandes der Steinarbeiter ist schon vieles gebessert worden.

Die gesamte Untersuchung gereicht der badischen Gewerbeinspektion sehr zur Ehre. Das Material, welches wegen der ländlichen Verhältnisse nicht so leicht zu sammeln war, ist gründlich durchgearbeitet und recht übersichtlich gruppiert. Und wir finden in der ganzen Schrift nicht eine Stelle, welche nicht in der objektivsten Weise bearbeitet wäre. Was wohlthuend im Vergleich zu den Publikationen so mancher Nationalökonomien auffällt, ist, daß ohne weiteres die kulturelle Hebung des Arbeiterstandes durch die Gewerkschaften anerkannt ist. — Schade, daß eine solche muster-gültige Untersuchung über die bedeutendere Steinindustrie Preußens nicht in Aussicht steht.

### Arbeitseinstellungen in Finland im Jahre 1912.

Nach der offiziellen arbeitsstatistischen Zeitschrift fanden in Finland während des Jahres 1912 insgesamt 59 ermittelte Arbeitseinstellungen statt, davon 55 Streiks, 2 Aussperrungen und 2 Arbeitseinstellungen gemischten Charakters. 73 Proz. der Arbeitseinstellungen entfallen auf die ersten zwei Quartale, darunter 40,8 Proz. auf das zweite Quartal. Die Zahl der beteiligten Arbeiter betrug 11281 von 17156 in den von Arbeitseinstellungen betroffenen Betrieben Beschäftigten. Das Ergebnis der Arbeitseinstellungen ist für die Arbeiter recht mager, denn 86,5 Proz. der Beteiligten mußten die Arbeit zu den Bedingungen der Unternehmer wieder aufnehmen; die mit einer Niederlage der Arbeiter beendeten Arbeitseinstellungen betragen 47,5 Proz. Das für die Arbeiter ungünstige Prozentverhältnis ergibt sich aus der Niederlage in den Arbeitseinstellungen im größeren Umfange, so in der Papierindustrie, bei den Bauarbeitern und Elektromonturen in Helsingfors, die zusammen sich auf 65 Proz. aller Streikenden erstreckten. Diese Kämpfe gingen im wesentlichen verloren. Aber uns scheint die Bewertung der Ergebnisse durch das finnische Arbeitsamt nicht ganz korrekt zu sein, denn es führt nur erfolgreiche oder erfolglose Kampfergebnisse auf, während in Wirklichkeit eine Zwischenstufe der Kompromisse vorhanden zu sein pflegt, die sonst in der Streikstatistik die Bewertung „teilweise erfolgreich“ oder „gegenseitige Konzessionen“ findet. Diese Art der Beilegung von Kämpfen scheint dem finnischen Amt nicht bekannt zu sein, da es für kein Jahr diesbezügliche Angaben macht. Gängt das auch mit der Russifizierung zusammen? Oder hat sich in Finland eine Taktik eingebürgert, die nur Sieg oder Niederlage kennt?

Die Dauer der Kämpfe betrug im Durchschnitt 34,3 Tage, die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug im Durchschnitt 8972 oder pro Arbeiter 46,9 Tage.

### Soziales.

#### Die herrschende Arbeitslosigkeit in Breslau.

Die Freude der öffentlichen Behörden über die in Breslau veranstaltete Jahrhundertfeier ist arg beeinträchtigt worden durch die Tatsache, daß in Breslau seit Wochen eine Arbeitslosigkeit unter der

arbeitenden Bevölkerung herrscht, wie nie zuvor. Um dem Gerede der Bürgerlichen zu begegnen, daß keine nennenswerte Arbeitslosigkeit in Breslau vorhanden sei, wurde für Donnerstag, den 29. Mai 1913, nachmittags 3 Uhr, im neuen Saale des Gewerkschaftshauses in Breslau eine Arbeitslosenversammlung einberufen. Der Besuch der Versammlung übertraf alle Erwartungen, zirka 2000 Menschen, meist Familienväter, fanden sich ein. Am Eingang des Saales wurden Zählkarten an die Arbeitslosen ausgegeben. Diese mußten mit dem vollen Namen, unter Angabe der Wohnung und des Berufes ausgefüllt werden. Es wurden folgende drei Fragen gestellt:

1. Wieviel Wochen sind Sie seit dem 1. Januar 1913 arbeitslos?
2. Erhalten Sie aus Ihrer Gewerkschaft wegen Arbeitslosigkeit Unterstützung?
3. Seit wann sind Sie ausgesteuert?

Das Resultat der Umfrage ist geradezu niederschmetternd und eine laute Anklage gegen diejenigen, die bisher für die Vinderung der Arbeitslosigkeit nichts unternommen haben.

Von 1669 Personen wurde die ausgefüllte Arbeitslosenkarte zurückgegeben. Von diesen Personen wurden 432 noch aus der Gewerkschaft unterstützt, 1237 erhalten zurzeit keinerlei Unterstützung mehr. Von den Letzteren sind 32 bereits seit Januar von der Gewerkschaft ausgesteuert, 25 seit Monat Februar, 23 seit Monat März, 43 seit Monat April und 56 seit Anfang Mai. Nach Berufen geordnet waren es 440 Bauarbeiter, 338 Arbeiter und sonstige Berufe, 256 Metallarbeiter, 226 Holzarbeiter, 88 Transportarbeiter, 87 Zimmerer, 38 Gastwirtschaftlichen, 35 Töpfer, 33 Bäcker, 21 Maler, 18 Brauer, 10 Handlungsgehilfen, 9 Lithographen, 8 Buchdrucker, 7 Maschinisten und Heizer, 7 Schuhmacher, 7 Tapezierer, 6 Dachdecker, 4 Tabakarbeiter, 4 Hausangestellte, 3 Schneider, 3 Kupferschmiede, 6 Barbier, ein Fleischer, ein Gärtner, 2 Glaser, 6 Wirtmacher, ein Kürschner, ein Sattler und ein Steinseher. Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit erhalten wir erst das richtige Bild, wenn das Resultat der arbeitslosen Wochen näher gewürdigt wird. Es waren

213 Arbeiter	318 Wochen arbeitslos
304 "	1206 "
410 "	3015 "
215 "	2295 "
527 "	9492 "

Davon 213: 1—2 Wochen, 304: 3—5 Wochen, 410: 6—9 Wochen, 215: 10—12 Wochen, 527: 13 Wochen und mehr arbeitslos. Was heißt das? Das heißt, 16 326 Wochen arbeitslos sind zurzeit 1669 Arbeiter in Breslau. Die Not der Arbeitslosen schreit zum Himmel! Es ist klar, daß auch das wirtschaftliche Leben im allgemeinen darunter schwer zu leiden hat. Wenn wir den in Breslau geltenden ortsüblichen Tagelohn in Höhe von 3 Mk. der Berechnung zugrunde legen, um zu ermitteln, wie groß der Lohnausfall gewesen ist, so ergibt sich die Tatsache, daß diese Arbeitslosen die Summe von 293 868 Mk. eingebüßt haben. Es ist höchste Zeit, daß sich die Behörden ins Mittel legen, um dieser gräßlichen Arbeitslosigkeit in Breslau und anderswo Abhilfe zu schaffen.

Zunächst forderten die Arbeitslosen in Breslau, daß der Magistrat sofort eine amtliche Arbeitslosenzählung vornimmt, denn in Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen größer, und

daß aus städtischen Mitteln den Arbeitslosen eine Unterstützung in Geld zuteil wird, sowie daß notwendige Arbeiten sofort in Angriff genommen werden sollen.

Nach Schluß der Versammlung zogen die Arbeitslosen vor das Rathaus, wo gerade die Stadtberordneten Sitzung hatten. Die Polizei, zu Fuß und zu Pferde, sprengte die Demonstranten mit blanker Waffe auseinander. U. P., Breslau.

## Arbeiterbewegung.

### Gewerkschaftliche Rückblicke.

#### IX.

#### Bekleidungsindustrie.

Die Beschäftigung in der Schuhwarenindustrie war im Berichtsjahre recht gut und die Arbeitslosenziffern der Schuhmacher daher ziemlich niedrig. Im 1. und 3. Quartal betrug der Prozentsatz arbeitsloser Mitglieder 1,4, im 2. Quartal 1,5. Im 4. Quartal trat eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen auf 3,1 Proz. ein. War aber die Beschäftigung einigermaßen befriedigend, so klagen dennoch die Industriellen über ungenügende Rentabilität infolge der gestiegenen Rohmaterialienpreise. Tatsache ist ja, daß die Lederfabrikanten im letzten Jahre ziemlich Preissteigerungen vornahmen, die sich aus der Preissteigerung für Häute und Felle ergaben. Andererseits wird auch im Kreise der Industriellen über die wechselnde Mode geklagt, die eine Erschwerung der Schuhwarenfabrikation gebracht haben soll. Infolge der Modeschwankungen, so wird im Bericht der Velteften der Berliner Kaufmannschaft ausgeführt, sind die Schuhhändler nicht in der Lage, rechtzeitig genug Saisonaufträge zu geben, weil sie nicht wissen, was zur nächsten Saison Mode sein wird. Dadurch drängte sich die Fabrikation auf kürzere Zeiträume zusammen, während früher die Lieferung „einigermaßen gleichmäßig in jedem Monat“ erfolgte. Auch im Bericht der Berliner Handelskammer wird hervorgehoben, daß „durch den raschen Wechsel der Formen und Ledermoden die Bestände an nicht gangbaren Artikeln vermehrt“ werden.

Zahlenmäßige Ausweise über die Rentabilität der Schuhfabriken liegen uns nicht vor. Calwers Durchschnittszahlen für die Gruppe Bekleidung sind nicht verwendbar, weil sie nicht spezialisiert sind. Ueber die Arbeiterverhältnisse wird im Berliner Jahrbuch der Velteften ausgeführt, daß die Arbeiter nach „jahrelangen Kämpfen im großen und ganzen sehr befriedigende Löhne und kurze Arbeitszeiten durchgesetzt“ haben; „leider gehen diese Vorteile durch die augenblickliche Teuerung aller Lebensmittel zum Teil wieder verloren“. Ob Arbeitszeit und Löhne „sehr befriedigend“ sind, darüber werden die Meinungen natürlich sehr weit auseinandergehen. Aber die Feststellung ist jedenfalls von großem Werte, daß die Errungenschaften der Arbeiter durch die Teuerung aller Lebensmittel zum Teil wieder verloren gehen. Das muß die Arbeiter mehr als bisher ansprechen, gegen die Vorherrschaft der Kleinen, aber machtvollen Gruppe der agrarischen Lebensmittelwucherer geschlossener als bisher vorzugehen, damit die bisherige, die Lebenshaltung der breiten Volksmassen verteuernde agrarische Handelspolitik beseitigt wird. Daran hat auch die Industrie ein großes Interesse. Allein ihre Wortführer sind nur Freunde der Worte, nicht der Tat.

Der Schuhmacherverband hat im Berichtsjahre keine Mitgliederzunahme aufzuweisen. Er zählte

am Jahreschluß 45 487 Mitglieder gegen 45 792 am Schluß des Jahres 1911. Die Jahresdurchschnittsziffer ist aber von 45 341 auf 46 227 gestiegen, so daß die innere Stabilität der Verbandsorganisation zweifellos zugenommen hat. Ueber die Ursachen der Stagnation in den Jahreschlusssziffern sind wir nicht informiert. Die vorliegenden Zahlen über die Beschäftigung in der Schuhwarenindustrie bieten jedenfalls keinen Anhalt für diese Stagnation in der Mitgliederwerbung.

Die Verbandseinnahmen beliefen sich auf 1 187 767 Mk., die Ausgaben auf 1 042 631 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Reiseunterstützung 26 333 Mk., Arbeitslosenunterstützung 149 438 Mk., Krankenunterstützung 237 526 Mk., Streiks 152 685 Mk. usw., insgesamt wurden für Unterstützungen 624 990 Mk. verausgabt. Für Bildungsmittel einschließlich Verbandsorganen verausgabte der Verband 61 965 Mk., für Agitation 25 412 Mk. Der Vermögensbestand betrug 985 098 Mk., davon in der Hauptkasse 656 028 Mk.

Die Lohnbewegung war intensiv, wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

Art der Bewegung	Anzahl	in Prozent	Beteiligte	in Prozent	Verlust an Arbeitszeit	
					Tage	in Prozent
Angriffsbewegungen . . .	123	53,2	9542	60,3	—	—
Abwehrbewegungen . . .						
Angriffstreiks . . . . .	28	12,1	1238	7,8	36961	42,9
Abwehrstreiks . . . . .	14	1,3	231	1,5	4581	5,3
Ausperrungen . . . . .	3	6,1	1297	8,2	44540	51,8
Zusammen	231	—	15815	—	86082	—

Von diesen Bewegungen entfielen 188 auf die Schuhwarenfabriken und 43 auf das Schuhmacherhandwerk. Die Zahl der Beteiligten betrug bei den ersteren 14 014, beim Schuhmacherhandwerk dagegen nur 1801.

Der Ausgang der gesamten Lohnbewegungen und Streiks war in 165 Fällen mit 12 070 Beteiligten ein voller Erfolg, wovon sich 129 Bewegungen mit 10 751 Beteiligten auf Fabrikbetriebe, und 36 Bewegungen mit 1319 Beteiligten auf handwerksmäßige Betriebe erstreckten.

40 Bewegungen mit 2314 Beteiligten verliefen nur teilweise erfolgreich. Davon kommen auf Fabrikbetriebe 35 Bewegungen mit 2160, auf Schöfbetriebe 5 Bewegungen mit 154 Beteiligten. Erfolglos verliefen 24 Bewegungen in Fabriken mit 1103 und 2 Bewegungen im Handwerk mit 328 Beteiligten.

Faßt man die Ergebnisse zusammen, so ergibt sich folgendes: 2105 Personen erzielten 5386 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 5434 Personen 8230 Mk. Lohnerhöhung pro Woche. Das sind pro Person 2½ Stunden Arbeitszeitverkürzung und über 1,50 Mark Lohnerhöhung pro Woche.

Auch im Schneidergewerbe herrschte im vergangenen Jahre eine recht gute Konjunktur. Die Maßschneiderei litt zwar unter den Witterungsverhältnissen des Sommers ein wenig, besonders in den Städten, wo der Touristenverkehr sich konzentriert. Aber die Konfektion berichtet allgemein über einen befriedigenden Geschäftsgang. Die Militäreffekten- und Uniformbranche konnte ihren Absatz sogar infolge der politischen Wirren steigern; nach dem Bericht der Berliner Handelskammer haben nicht

nur aktive, sondern auch viele Reserveoffiziere sich komplette Ausrüstungen für den Kriegsfall zugelegt. Infolge der Steigerung der Beamtenschaft, besonders der Eisenbahnbeamten, war auch das Geschäft mit diesen sehr umfangreich. Dagegen brachte der Balkankrieg keinen gesteigerten Absatz, weil die hiesige Uniformbranche die sofortige Lieferung nicht übernehmen konnte.

Der Verband der Schneider hat seine Mitgliederzahl von 48 485 auf 50 004 steigern können, das ist eine Zunahme von 1519 Mitgliedern. Leider ist die Zahl der weiblichen Mitglieder um 282 zurückgegangen. Dieser Rückgang entfällt insbesondere auf Berlin, wo im Jahre vorher durch den Kampf in der Damenkonfektion ein großer Zufluß weiblicher Mitglieder zu verzeichnen war. Daß von diesen neu gewonnenen Mitgliedern ein Teil wieder abspringen würde, ist verständlich, um so mehr, als der Kampf in der Damenkonfektion ergebnislos abgebrochen werden mußte. Eine größere Bedeutung kommt daher dieser geringen Verlustziffer nicht zu.

Die Fluktuation im Verbands ist noch sehr groß. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug im Berichtsjahre 17 926, während die Zunahme nur 1519 beträgt. Es sind also 16 307 Mitglieder, die durch den Verband hindurchgewandert sind.

Die Finanzen des Verbandes wurden durch die großen Kämpfe in der Herrenmaßbranche stark in Anspruch genommen. Die Einnahmen beliefen sich auf 1 078 531 Mk., die Ausgaben auf 1 087 991 Mk. Die Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahre beträgt 177 564 Mk., die Mehrausgaben aber 481 736 Mk. Von den Ausgaben der Hauptkasse entfielen auf Reiseunterstützung 29 621 Mk., Krankenunterstützung 125 108 Mk., Lohnbewegungen und Streikunterstützung 509 950 Mk., Verbandsorgan 48 500 Mk. usw. Die hohe Ausgabe für Lohnbewegungen entfällt auf die große zentrale Aussperrung, die der Unternehmerverband vornahm, um die Kräfte zu messen und eventuell den Arbeitern die Arbeitsbedingungen zu diktieren. Es ist ihm nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Vielmehr endete der Kampf mit einem großen Erfolg der gut gerüsteten Arbeiterorganisation, deren Vermögensbestand am Jahresluß trotz der hohen Kampfausgaben nur unbedeutend hinter dem des Vorjahres zurückblieb. Der Bestand der Hauptkasse betrug am Jahresluß 827 553 Mk. gegen 837 613 Mk. am Schluß des Vorjahres. Pro Kopf der Mitglieder ging der Vermögensbestand von 17,26 auf 16,55 Mk. zurück. Es ist ein ganz erfreuliches Zeichen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Verbandes, daß trotz des großen auf centraler Grundlage ausgefochtenen Kampfes der Vermögensbestand nur um 9461 Mk. oder pro Kopf um 0,71 Mk. zurückging.

Ueber die Branchenzugehörigkeit der Mitglieder am Jahresluß gibt folgende Tabelle Auskunft:

Branch e	männl.	weibl.	Summa
Herrenmaßbranche . . . . .	27816	132	27948
Uniform- und Lieferungs- schneiderei . . . . .	1804	15	1819
Herrn- und Knabenkonfektion Konfektionszuschneider und -zuschneiderinnen . . . . .	5890	3333	9223
Damenkonfektion . . . . .	616	2	618
Damenkonfektion . . . . .	2454	1782	4186
Damenkonfektion . . . . .	417	1861	2278

Branch e	männl.	weibl.	Summa
Wäschezuschneider und - schneiderinnen . . . . .	339	20	359
Wäschenäherinnen und - rinnen . . . . .	—	1567	1567
Wäscherinnen, Stärkerinnen u. Plätterinnen . . . . .	—	913	913
Strawattenarbeiter u. - rinnen . . . . .	34	53	87
Korsettarbeiter u. - arbeiterinnen . . . . .	16	147	163
Arbeiter und Arbeiterinnen in Waschanstalten . . . . .	90	236	326
Ohne Angabe der Branche . . . . .	311	206	517
Summa	39787	10217	50004

Ueber die Lohnbewegungen des Jahres liegt ein ausführliches Material vor, dem wir folgende Zahlen entnehmen. Es fanden statt:

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Branch e	Zahl der Fälle	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Zahl der Beteiligten
Herrenmaß . . . . .	176	3131	26133	22225
Uniform . . . . .	3	48	175	160
Herrnkonfektion . . . . .	18	80	3049	2970
Damenmaß . . . . .	24	169	2090	1604
Damenkonfektion . . . . .	2	2	30	26
Wäsche . . . . .	2	2	50	50
Korsett . . . . .	1	1	50	50
Zusammen	226	3433	31577	27085

42 Angriffstreiks erstreckten sich auf 977 Betriebe und 9627 Arbeiter, von denen 8797 an den Kämpfen beteiligt waren. Die Centralaussperrung betraf 107 Orte, 1405 Betriebe und 8596 von 12 230 beschäftigten Arbeitern. Dazu kommen die Abwehrbewegungen und die friedlich verlaufenen Lohnbewegungen.

Auf die einzelnen Arten der Bewegungen verteilt, endeten erfolgreich: Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung für 8654 Personen oder 93,4 Prozent, die Angriffstreiks für 8783 Personen oder 99,8 Proz., die Abwehrstreiks für 210 Personen oder 46,6 Proz. und die Aussperrungen — wie bereits betont — für sämtliche 8596 Personen oder 70,3 Prozent der Beschäftigten.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde erreicht bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung für 2742 Personen zusammen 8645 Stunden pro Woche oder über 3 Stunden pro beteiligte Person. Bei den Angriffstreiks für 650 Personen zusammen 2760 Stunden pro Woche oder über 4 Stunden pro beteiligte Person und bei den Aussperrungen für 295 Personen zusammen 1125 Stunden pro Woche oder 3,8 Stunden pro beteiligte Person. Bei allen drei Bewegungen wurde demnach eine Verkürzung der Arbeitszeit für 3687 Personen von zusammen 12 530 Stunden pro Woche erreicht. Auf die einzelne beteiligte Person entfallen 3,4 Stunden pro Woche.

An Lohnerhöhung wurde erreicht für 19 890 Personen 50 859 Mk. wöchentlich. Die durchschnittlichen wöchentlichen Lohnerhöhungen betragen in der Uniformbranche 3,05 Mk., in der Herrenkonfektion 2,75 Mk., der Herrenmaßbranche 2,61 Mk., der Wäschebranche 1,87 Mk., der Damenmaßbranche 1,75 Mk. und in der Korsettbranche 0,76 Mk.

Teuerung vorzugehen. Sein einziges Rezept war, jeden neuen Preisaufschlag auf die Konsumenten abzuwälzen. Die Konsumvereine sind zwar auch nicht in der Lage, die Teuerung zu beseitigen, aber sie können ihren Mitgliedern die Vorteile des organisierten Großeinkaufs sichern und durch den Uebergang zur Eigenproduktion gewinnen sie ebenfalls langsam einen gesteigerten Einfluß auf die Preisbildung. — Auf den statistischen Nachweis der vorjährigen Entwicklung des Konsumgenossenschaftswesens einzugehen, unterlassen wir, da dies im Zusammenhang mit dem Bericht über den Genossenschaftstag geschieht.

Die Rentabilität der Aktiengesellschaften dieser Erwerbsgruppe ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital 1911/12 in 1000 Mk.	Dividende in Proz.	
			1910/11	1911/12
Handel außer Banken	82	178483	8,1	8,5
Hypothekendarlehen . . .	44	825124	8,5	8,5
Andere Banken				
über 1 Mill. Kapital	183	3044874	7,7	7,6
unter 1 Mill. Kapital	146	48284	7,2	7,3
Versicherungsgesellsch.	125	157379	21,3	21,0
Eisenbahnen . . . . .	91	482740	4,1	4,1
Kleinbahnen . . . . .	125	247602	2,5	2,6
Strassenbahnen . . . . .	57	355329	6,9	7,3
Schiffahrtsgesellsch.	101	491345	5,5	7,0
Expedition, Speicher . . .	39	45004	6,0	6,0
Sonst. Transportgew.	9	60800	6,0	6,2

Demnach haben die 82 Handelsgesellschaften ihre Dividende im Durchschnitt erhöht von 8,1 auf 8,5 Prozent, die 498 Banken verteilten die gleiche Dividende wie im Vorjahre, die 125 Versicherungsgesellschaften mußten ihre Dividende um 0,3 Prozent herabsenken und die 422 Verkehrsgesellschaften erhöhten ihre Dividende von 5 auf 5,5 Prozent.

Die Entwicklung der Gewerkschaften in dieser Industriebranche war im Berichtsjahre durchaus befriedigend. Der Deutsche Transportarbeiterverband hat auch in diesem Jahre die gleichen erfreulichen Fortschritte gemacht wie vorher seit der Verwirklichung der Einheitsorganisation der deutschen Transportarbeiter. Die Mitgliederzahl stieg von 195 249 auf 225 988, der Verband hat also das zweite Hunderttausend erreicht und marschiert mit Riesenschritten auf das dritte Hunderttausend zu. Eine solche Entwicklung haben selbst die Optimisten unter den Freunden der Einheitsorganisation vor der Verschmelzung nicht vorausgesagt. Nachdem sie nun doch zur Tatsache geworden ist, gereicht sie nicht nur der Organisation zur Ehre und den Mitgliedern zum Vorteil, sondern sie bestätigt auch die größere Werbefähigkeit der Einheitsorganisation.

Die Einnahmen bezifferten sich auf 5 620 151 Mark, die Gesamtausgaben auf 4 447 019 Mk. Für Unterstützungen wurden allein 2 183 979 Mk. verausgabt, für Bildungsmittel 407 764 Mk. Von den verschiedenen Unterstützungszweigen erforderte die Arbeitslosenunterstützung 480 989 Mk., die Krankenunterstützung 938 872 Mk., Sterbegeld 126 766 Mk., Streiks 428 742 Mk., Lohnbewegungen ohne Arbeits-einstellung 11 699 Mk., Rechtsschutz 47 841 Mk. und Gemäßregelungenunterstützung 50 446 Mk. Der Vermögensbestand ist auf 3 108 093 Mk. angewachsen, eine Summe, die allerdings noch weit zurückbleibt,

pro Kopf der Mitglieder berechnet, hinter den Verhältnissen unserer am besten finanzierten Verbände, die aber in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse der Transportarbeiter doch als erfreulich angesehen werden muß. Die fakultative Unterstützungskasse des Verbandes hatte eine Jahreseinnahme von 56 023 Mark und eine Ausgabe von 18 089 Mk.

Der Centralverband der Handlungsgehilfen hat seine Mitgliederzahl von 15 502 auf 18 489 steigern können. Dieser Verband hat in den letzten Jahren einen schnellen Aufschwung genommen und nachdem er nunmehr auch die Lagerhalterorganisation übernommen und damit die Mitgliederzahl das erste 20 000 überschritten hat, darf mit einer andauernden Aufschwungsperiode gerechnet werden. Es hat lange gedauert, bis der Solidaritätsgedanke der modernen Arbeiterbewegung in dieser Angestellten-schicht sich festwurzeln konnte und die Pionierarbeit war nicht nur mühevoll, sondern auch reich an Opfern. Allein, sie beginnt jetzt Früchte zu tragen und wenn die nächsten Jahre vollenden, was die letzten begonnen haben, dann wird die im Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung sich aufbauende Kampforganisation der Handlungsgehilfen bald an der Spitze der Angestelltenorganisationen marschieren können.

Die Jahreseinnahmen des Verbandes betragen 245 499 Mk., die Ausgaben 229 991 Mk. Für Unterstützungen wurden 17 908 Mk. verausgabt, für Bildungsmittel 30 943 Mk., für Agitation 60 132 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 63 040 Mk.

Der Verband der Lagerhalter trat am 1. Januar laufenden Jahres dem Handlungsgehilfenverbande bei. Die Mitgliederzahl stieg im letzten Jahre der selbständigen Lagerhalterorganisation von 2740 auf 3041 oder um 301. Die Verbands-einnahmen betragen 64 739 Mk., die Ausgaben 61 239 Mk. Für Unterstützungen wurden 12 603 Mk. verausgabt, davon für Umzugskosten 2529 Mk., Arbeitslosenunterstützung 6068 Mk., an notleidende Mitglieder 1114 Mk. und für Rechtsschutz 2467 Mk. Das Verbandsvermögen belief sich auf 86 861 Mk.

#### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes veröffentlicht im „Grundstein“ folgende Bekanntmachung eines ihm vom Reichsversicherungsamt erteilten Bescheides über die Versicherung der Einfassierer auf Grund des Privatangestelltenversicherungsgesetzes:

„Versicherung der Angestellten. Zu Beginn der reichsgesetzlichen Versicherung der Angestellten wurden Zweifel laut, ob die angestellten Beitragspflichtiger und ähnliche Angestellte unseres Verbandes versicherungspflichtig seien. Wir haben alsbald eine diesbezügliche Anfrage an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gerichtet und auf Rückfrage dann über den Umfang der Tätigkeit der Einfassierer an die Versicherungsanstalt Bericht erstattet. Nun ist von dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt folgende Antwort eingegangen:

„Auf Grund der vorliegenden Angaben halten wir die in Frage stehenden Einfassierer für versicherungspflichtig im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Das Erforderliche zur Aufnahme in die Versicherung vom 1. Januar dieses Jahres an ist daher zu veranlassen.“

Soweit es noch nicht geschehen ist, haben auf Grund dieser Mitteilung nunmehr die Zweigvereinsvorstände, die ständige Einfassierer angestellt haben, die Pflicht, diese sofort anzumelden, und zwar rückwirkend vom Tage der

Die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse im Organisationsgebiet des Schneiderverbandes hat eine große Ausdehnung erreicht. Am Jahreschluß 1912 bestanden 421 Tarifverträge für 9976 Unternehmer und 91 520 Arbeiter; von den Arbeitern waren 44 323 Verbandsmitglieder.

Der Verband der Kürschner hat auch im Berichtsjahre einen Mitgliederverlust zu beklagen. Seine Mitgliederzahl ging von 3995 auf 3748 zurück oder um 6,2 Proz. Der Rückgang hängt teils mit dem ungünstigen Geschäftsgang, teils auch mit einem Abwehrkampf in der Berliner Mützenbranche zusammen. Der geringere Mitgliederbestand wird aber durch eine pünktlichere Beitragsleistung wettgemacht. Es wurden im Berichtsjahre pro Mitglied 48,7 Beitragsmarken abgesetzt gegen 43,2 im Jahre vorher. Die Einnahmen betragen 99 475 Mk., die Ausgaben 93 889 Mk. Für eigene Streiks wurden 28 841 Mk. verausgabt, für Arbeitslosenunterstützung 4825 Mk., Reiseunterstützung 167 Mk., Krankenunterstützung 10 079 Mk. Der Vermögensbestand betrug 59 335 Mark.

Der Verband der Hutmacher konnte seine Mitgliederzahl steigern von 10 213 auf 11 088. Die Verbands-einnahmen betragen 244 862 Mk., die Ausgaben 180 622 Mk. Von den Ausgaben entfielen auf Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 61 303 Mk., Streik- und Gemäßregelungenunterstützung 7251 Mk., Krankenunterstützung 40 417 Mk. usw. Der Vermögensbestand betrug 282 168 Mk. Die Arbeitsgelegenheit war nicht sehr günstig, wie auch aus der hohen Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ersichtlich ist. Die Arbeitslosenstatistik des Verbandes ergibt, daß 9392 Mitglieder zusammen 304 426 Tage arbeitslos waren.

Trotz der nicht ganz günstigen Situation war der Verband tatkräftig bemüht, die Lage seiner Mitglieder zu verbessern. Es fanden 121 Lohnbewegungen statt mit 6963 Beteiligten. Erreicht wurde für 253 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 330 Stunden wöchentlich und für 1412 Beteiligte 3924 Mark wöchentliche Lohnerböhung. Lohnaufschlag für Hebearbeit usw. erzielten 3812 Beteiligte. Außerdem konnten für 1092 Beteiligte Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt werden.

Der Verband der Blumenarbeiter steigerte seine Mitgliederzahl von 1023 auf 1273. Seine Einnahmen betragen 18 238 Mk., die Ausgaben 12 806 Mk. Von den Ausgaben entfielen auf Unterstützungen 2809 Mk. (Krankenunterstützung 2192 Mark), Bildungsmittel 2196 Mk., Agitation usw. 3468 Mk. Der Kassenbestand betrug am Jahreschluß 18 628 Mk.

Der Verband der Friseurgehilfen hat eine Mitgliederzunahme um 313 auf 2532 aufzuweisen. Aufgenommen wurden 2295 Mitglieder, so daß also die Fluktuation eine selten starke ist. Immerhin hat der Verband im Berichtsjahre eine Steigerung der Beitragsleistung der Mitglieder von 85 910 Beiträgen auf 94 617 festzustellen. Die Einnahmen betragen 60 060 Mk., die Ausgaben 58 221 Mk. Von den Ausgaben entfielen 6084 Mk. auf Verbandsorgan, 648 Mk. auf Lohnbewegungen, 6343 Mk. auf Erwerbslosenunterstützung. Die Gesamtausgabe für Unterstützungen betrug 7466 Mk. An 9 Orten konnte der Verband im Berichtsjahre die Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder durch Tarifverträge regeln.

#### Handels- und Transportgewerbe.

Die Handels- und Verkehrsgewerbe widerspiegeln die allgemeine Geschäftslage in Industrie und Handwerk am besten. Eine gute Beschäftigung der

Industrie setzt eine günstige Lage des Handelsgewerbes voraus und ruft andererseits eine Verkehrssteigerung hervor. Insofern muß also diese Erwerbsgruppe eine Bestätigung unserer Untersuchungen über die wirtschaftliche Lage der deutschen Industrie bieten, die wir in den vorhergehenden Aufsätzen vorgenommen haben.

Faktum ist denn auch, daß die deutschen Verkehrsanstalten im Berichtsjahre außerordentlich stark beschäftigt gewesen sind. Die inländischen Staatsbahnen haben ihren Frachtenverkehr um rund 7 bis 8 Proz. steigern können und die Einnahmen aus der Personenbeförderung stiegen um rund 6 Proz. Die überseeische Schifffahrt hat nicht minder ein „gutes Jahr“ gehabt. In der Binnenschifffahrt sind die Verhältnisse etwas verschieden. Im allgemeinen war die Beschäftigung gut. Die Elbschifffahrt soll jedoch durch den englischen Bergarbeiterstreik gelitten haben und die Frachtsätze gingen infolge der im Frühjahr fehlenden Kohlenfrachten zunächst zurück. Eine entgegengesetzte Wirkung hatte der gleiche Ausstand auf die Oderschifffahrt, die den gesteigerten Abjaß schlesischer Stehle verfrachten konnte. Einen Ausfall erleidet die Binnenschifffahrt durch die baugewerbliche Krise; die Baumaterialienfrachten waren unerheblich. Das Expeditionsgewerbe war, abgesehen von einzelnen Ausnahmen lokaler Natur, gut beschäftigt. Die Banken machten wieder gute Geschäfte und die Ausfälle, die von dem Kursfall der staatlichen Rentenwerte herrühren, wurden reichlich wettgemacht durch die in der Industrie erzielten Riesengewinne. Ganz so günstig wie die Großbanken schnitten wohl die kleinen und mittleren Banken nicht ab; es muß vielmehr angenommen werden, daß diese unter der Depression an der Börse im letzten Quartal des Jahres empfindliche Kursverluste erlitten haben. Andererseits sind die von den Bankinstituten im Inlande geforderten Geldpreise so hoch gewesen, daß ernsthafte unabhängige Volkswirte die Frage aufgeworfen haben, ob es die Aufgabe der Bankinstitute sein könne, an den Kapitalplacierungen im Auslande einen so hervorragenden Anteil zu nehmen, während im Inlande die Geldknappheit die industrielle Entwicklung hemmt und die Verhältnisse auf dem Baumarkt trostlos werden läßt. Interessant sind die Klagen der Versicherungsgesellschaften über die Stagnation in der Lebens- und Volksversicherung. Im Bericht der Berliner Handelskammer wird festgestellt, daß in erster Linie die wachsende Teuerung den für Sparzwecke zur Verfügung stehenden Teil des Einkommens weiter Volkstreife „auf das äußerste beschränkte und dadurch auch ein erheblich erhöhtes Storno bewirkte“. Dazu kamen eine Reihe weiterer Umstände, wie die unsichere politische Lage, das Versicherungsgebot für Angestellte, das diesen weiten Bevölkerungskreis der Privatversicherung fast ganz entzog. Die Volksversicherung litt natürlich ebenfalls unter der Teuerung. „Vermehrt wurde“, heißt es im gleichen Bericht, „noch die Zurückhaltung der Arbeiterkreise durch die beginnende Agitation für die von den freien Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Konsumvereinen zu gründende „Volkspflege“, die demnächst ins Leben treten wird.“

Die Konsumgenossenschaften haben im Berichtsjahre wiederum großzügige Erfolge aufzuweisen. Die Teuerung zwingt immer größere Volksmassen zur Organisation ihres Konsums, um auf dieser Grundlage eine Verbilligung ihrer Lebenshaltung zu erzielen. Der Kleinhandel hat sich sowohl wirtschaftlich als politisch unfähig erwiesen, gegen die

Anstellung bzw. vom 1. Januar dieses Jahres. Anmeldeformulare und -karten sind von den örtlichen Auskunftsstellen für Angestelltenversicherung zu beziehen."

Die Mitgliederzahl des Bauarbeiterverbandes betrug am Schlusse des 1. Quartals 330 195. Gegenüber dem letzten Quartal 1912 ist ein kleiner Rückgang um 970 Mitglieder eingetreten, der durch die schlechte Konjunktur im Baugewerbe verschuldet ist.

Der Verband der Blumenarbeiter hält seinen ordentlichen Verbandstag am 30. August und 1. September in Neustadt-Langburkersdorf i. Sa. ab. Zur Verhandlung gelangt u. a. die Frage der Verschmelzung mit dem Verbandsverband der Gutmacher.

Der Brauereiarbeiterverband zählte am Schlusse des ersten Quartals 51 220 Mitglieder. Die Zunahme gegenüber dem 4. Quartal 1912 beträgt 481 Mitglieder. Die Einnahmen betragen 324 861 Mk., die Ausgaben 241 766 Mk. Von den Ausgaben entfallen u. a. auf Krankenunterstützung 66 022 Mk., Arbeitslosenunterstützung 23 810 Mk., Lohnbewegungen und Agitation 15 274 Mk., Streiks und Aussperrungen 9084 Mk., Verbandsorgan 13 657 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 1 540 837 Mk.

Die Abrechnungen der Ortskassen des Buchdruckerverbandes für das Jahr 1912 ergeben ein Vermögen dieser Kassen von 3 034 917 Mk., so daß mit Einrechnung des Hauptkassenbestandes und der Invalidenkasse das Verbandsvermögen der deutschen Buchdrucker am Jahreschluß die Summe von 13 155 226 Mk. erreichte. Zu den Unterstützungsansprüchen der Verbandskasse leisteten im Berichtsjahre die Ortskassen einen Zuschuß von 749 710 Mk., wozu sie noch 146 968 Mk. selbständige Unterstützungen auszahlten. Dadurch steigt die Ausgabe des Gesamtverbandes für diesen Zweck auf 3 692 658 Mk.

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein verausgabte im ersten Quartal für Arbeitslosenunterstützung 5619 Mk., Krankenunterstützung 1014 Mk., Lohnkämpfe 6246 Mk. usw. Die Gesamtausgaben betragen 37 520 Mk. gegen 34 319 Mark Einnahmen. Der Vermögensbestand der Hauptkasse belief sich auf 45 029 Mk.

Die „Holzarbeiterzeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nr. 21 mit dem freien Sonnabendnachmittag und wendet sich erneut dagegen, daß die Arbeitszeit an anderen Wochentagen verlängert wird, nur um am Sonnabend einen früheren Arbeitsschluß zu erzielen. Der Artikel kommt zu folgendem Ergebnis:

„Es ist zu verstehen, daß der von den Arbeitern mancher Berufsgruppe so eifrig propagierte freie Sonnabendnachmittag auch bei unseren Kollegen Anhänger findet. Unser Verband steht diesem Verlangen auch nicht unbedingt ablehnend gegenüber, aber viel wichtiger erscheint uns die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Darauf muß die allergrößte Aufmerksamkeit verwendet werden. Der freie Sonnabendnachmittag, der mit der Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen erkaufte ist, ist ein Danaergeschenk, denn er lenkt den Blick der Arbeiter von der wichtigsten Aufgabe ab, die sie zu vertreten haben, nämlich von der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Der Deutsche Holzarbeiterverband kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, den Gedanken der Arbeitszeitverkürzung konsequent und erfolgreich vertreten zu haben. Wir haben durch die Praxis bewiesen, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit der Lohn steigt und die sonstigen Arbeitsbedingungen ver-

bessert werden. Sorgen wir dafür, daß durch die Propaganda für den freien Sonnabendnachmittag der Blick für den Wert der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit nicht getrübt werde.“

An der Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes beteiligten sich im Monat Mai 828 Zweigvereine mit 191 890 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosenfälle betrug 18 818, davon 9256 Arbeitslose am letzten Tage des Monats. Auf je 100 Mitglieder entfielen 4,82 Arbeitslose gegen 4,63 im Vormonat und 2,86 im Mai 1912. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 201 028 Mk., für Reiseunterstützung 17 371 Mk. verausgabt.

Die 14. ordentliche Generalversammlung des Malerverbandes findet vom 30. Juni bis 5. Juli in Halle a. S. statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Erwerbslosenunterstützung.

Der Verband der Maschinisten und Heizer zählte am Schlusse des 1. Quartals 27 273 Mitglieder. Die Einnahmen betragen 164 288 Mk., die Ausgaben 115 913 Mk. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 15 733 Mk. verausgabt, für Krankenunterstützung 34 885 Mk., Streiks 2904 Mk., Aussperrungen 2384 Mk. und für Lohnbewegungen 7218 Mk.

Der VII. internationale Metallarbeiterkongress findet nach einer Bekanntmachung des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes am 6. und 7. August in Berlin statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Beratung über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen; regelmäßige Berichterstattung an das internationale Sekretariat.

## Kongresse.

### Der dänische Gewerkschaftskongress.

Kopenhagen, 23.—26. April.

Der Kongress setzt sich aus den Vorstandsmitgliedern der angeschlossenen Organisationen und aus je einem Vertreter der Gewerkschaftskartelle sowie den Vertretern der Landeszentrale zusammen. Außerdem hatten die Gewerkschaftszentralen Schwedens, Norwegens und Deutschlands Vertreter entsandt.

Dem Bericht des Vorsitzenden Madsen ist zu entnehmen, daß trotz der Zersplitterungstendenzen die Mitgliederzahl um 6495 auf 107 067 gestiegen ist. Diese Mitgliederzahl verteilt sich auf 52 Verbände mit 1216 Filialen und auf 5 Lokalvereine. Ausgeschlossen aus der Landeszentrale sind die Organisationen der Schiffsheizer, Seeleute, Barbieri, Uhrmacher und Maurer. Die Barbieri sind gestrichen worden, weil sie ihren Verpflichtungen nicht nachkamen, die übrigen sind ausgetreten unter Verhältnissen, die ein recht ungünstiges Licht auf ihre gewerkschaftliche Schulung werfen. So z. B. traten die Maurer aus, nachdem sie zur Durchführung ihres Kampfes aus den Mitteln der Landeszentrale rund 100 000 Kronen in Empfang genommen hatten.

An Kampfesbeiträgen erhob die Landeszentrale während der zweijährigen Geschäftsperiode 8,50 Kr. pro vollzahlendes Mitglied, davon im Jahre 1911 8,10 Kronen und im letzten Jahre 40 Ore. Der Redner schilderte sodann die gewerkschaftlichen Vorgänge während der Geschäftsperiode; er wies insbesondere darauf hin, daß für 71 000 Mitglieder in diesen zwei Jahren Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erzielt werden konnten.

Der Kongress erteilte der Landeszentrale, insbesondere auch dem Kassierer ohne Diskussion einstimmig Decharge.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Reorganisationsfrage, die infolge der Opposition in den eigenen Reihen bereits von einer Kommission eingehend untersucht war. Die Opposition, die auf dem Kongress gar keine Gegenliebe fand, richtete sich vorwiegend gegen die obligatorische gegenseitige Streikunterstützung und die damit verbundene straffe Zentralisation in der Landeszentrale. Auch in der Organisationsform sind Änderungen in der Richtung zur Betriebsorganisation gefordert worden. Die Debatte auf dem Kongress war ebenso eingehend wie sachlich. In der Abstimmung über die Vorschläge der Reorganisationskommission wurden diese mit großen Mehrheiten angenommen. Die Beibehaltung der gegenseitigen obligatorischen Unterstützung wurde sogar einstimmig beschlossen und erklärt, daß der Kongress entschieden vor der Rückkehr zu freiwilligen Sammlungen während Streiks und Aussperrungen warnt. Die Erfahrung zeige, daß die Kämpfe früher nur wegen Geldmangels verloren gingen. Die freiwilligen Einsammlungen erbrachten einerseits nicht die genügenden Mittel, andererseits aber belasteten sie die mehr opferfreudigen Mitglieder zu stark. Die obligatorische Unterstützung habe sich dagegen als sehr wirksames Mittel im gewerkschaftlichen Kampfe erwiesen, weshalb sie beibehalten werden muß.

Zur Frage der Organisationsform wurden ebenfalls die von der Opposition geforderten Neuerungen abgelehnt. Die gegen 4 Stimmen angenommene Resolution erklärt vielmehr, daß die gewerkschaftliche Organisationsform sich aus den Verhältnissen entwickelt habe und sich weiter entwickeln müsse. Konstruieren könne man gewerkschaftliche Organisationen nicht, weder durch Paragraphen noch sonst wie. In Dänemark habe sich die gewerkschaftliche Organisation auf beruflicher Grundlage entwickelt, sie könne nicht durch Kongressbeschluss zu einer Organisation nach Industrien verwandelt werden. Die Organisation müsse sich vielmehr wie bisher nach den Verhältnissen in jeder einzelnen Industrie und der organisatorischen Reife der betreffenden Berufe gestalten. Den Organisationen wird empfohlen, ihre Aufmerksamkeit diesen Fragen zu widmen; ihnen wird weiter empfohlen, verwandte Berufe entweder durch Kartellierung oder Verschmelzung mit einander organisatorisch zu verbinden, soweit dies möglich ist. Es werden dann weitere Bestimmungen getroffen über die Förderung, die solchen Bestrebungen auf größere Konzentration der Kräfte durch die Landeszentrale gewährt werden soll. Der ganze Beschluss entspricht in allem Wesentlichen der Stellung, wie sie auch die deutschen Gewerkschaften zurzeit in der Organisationsfrage einnehmen.

Eine weitere Frage von Bedeutung war die beabsichtigte obligatorische gegenseitige Unterstützung der skandinavischen Landesorganisationen. Eine Konferenz der drei Landeszentralen in Gothenburg 1911 hatte sich über einen diesbezüglichen Vorschlag geeinigt. Demnach sollte die gegenseitige Unterstützungspflicht eintreten, wenn 20 Proz. der Mitglieder einer der Landesorganisationen sich im Kampfe befänden; die Unterstützung sollte von der dritten Woche ab gewährt werden, die den Kampf führende Organisation aber für die ersten vierzehn Tage die Kosten allein tragen. Der schwedische Gewerkschaftskongress hatte als erster diesem Vorschlag seine Zustimmung gegeben, aber mit der Einschränkung,

daß die Verbände die Beträge von ihren Pflichtbeiträgen in Abzug bringen können, die sie auf Grund von internationalen beruflichen Vereinbarungen gleichzeitig aufzubringen haben. Der dänische Gewerkschaftskongress hat dieser Einschränkung nicht zugestimmt, den Antrag der drei Landeszentralen aber mit folgenden Änderungen angenommen: Die Unterstützung wird erst gewährt, wenn 30 (statt 20) Proz. der Mitglieder sich im Kampfe befinden, und zwar erst nach 3 (statt 2) Wochen. Bedingung ist aber, daß die Leitung der die Unterstützung beziehenden Organisation die gleichen Beschlusssrechte über Beginn und Ende eines Kampfes habe, wie die dänische Landeszentrale. Der Kongress hat damit bekundet, daß er die Verpflichtungen zur internationalen Solidarität vollaus anerkennt, daß aber die dänischen Gewerkschaften nicht geneigt sind, jeden in einem andern Lande begonnenen Kampf unter allen Umständen zu unterstützen. Die inter-sandinavische obligatorische Streikunterstützung ist mit diesen sich widersprechenden Beschlüssen der schwedischen und dänischen Gewerkschaftskongresse bis auf weiteres zurückgestellt.

Hinsichtlich der Stellungnahme zu den syndikalistischen Organisationen wurde beschlossen, der Resolution des letzten Parteitagess der dänischen Sozialdemokratie beizutreten, wonach Mitglieder syndikalistischer Organisationen der Partei nicht angehören können. Darüber hinaus erklärt der Gewerkschaftskongress, daß für absehbare Zeit wie bisher mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse die Gewerkschaften suchen müßten, die Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge zu regeln, und daß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengesetzte Bestrebungen bekämpft werden müssen.

Von weiteren Beschlüssen des Kongresses sind zu nennen: Der Verwaltungsbeitrag an die Landeszentrale wurde von 30 auf 40 Dore pro vollzahlendes Mitglied und Jahr erhöht. Die Landeszentrale kann für Kämpfe Extrabeiträge bis zu 1 Kr. pro Woche und Mitglied ausschreiben, und die Vorkonferenz kann über diesen Betrag noch hinausgehen. Diesen Extrabeitrag dürfen die Verbände nur dann aus der Verbandskasse zahlen, wenn diese für Kampfeszwecke mindestens 30 Kr. pro vollzahlendes Mitglied fundiert hat. Keine Organisation erhält die Genehmigung zur Vertragsündigung oder Arbeitseinstellung, bevor sie diese Bedingung erfüllt hat. Durch diese Bestimmung werden die angeschlossenen Organisationen zur Erhebung hoher regelmäßiger Beiträge gezwungen, sofern sie die Vorteile des Zusammenwirkens in der Landesorganisation genießen wollen. Die bisherige Zusammenfassung der Gewerkschaftskongresse wurde beibehalten, nur 10 Stimmen wurden dagegen abgegeben. Diese Kongresse sollen fortan alle drei Jahre stattfinden (bisher jedes zweite Jahr).

Der Kongress verhandelte weiter über eine Reihe von Fragen, die ein mehr lokales Interesse haben, wie Errichtung eines Gewerkschaftshauses in Kopenhagen, die Arbeitslosenkassen und die Gesetzgebung, Stellungnahme zur Regelung von Differenzen im genossenschaftlichen Arbeitsverhältnis, Errichtung von Unterrichtscursen für Arbeiter, Stellungnahme zum Entwurf eines neuen Strafgesetzes usw. Die bisherigen Funktionäre wurden wiedergewählt: Madsen zum Vorsitzenden, Smith als Sekretär und Svendsen als Kassierer. An Stelle des während des Kongresses verstorbenen Sekretärs Carl Gran wurde Hedebol neugewählt. Der Witwe Grans soll bis

auf weiteres eine dauernde Unterstützung gewährt werden. Das Gehalt des Vorsitzenden wurde auf 3120 Kr., des ersten Sekretärs und des Kassierers auf 2860 Kr. und des neugewählten Sekretärs auf 2600 Kronen festgesetzt.

Die viertägigen Verhandlungen boten ein erfreuliches Bild gewerkschaftlicher Schulung und Solidarität. Sie bestärkten den Eindruck, daß die dänische Gewerkschaftsorganisation mit an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung marschiert.

## Kartelle und Sekretariate.

### Arbeitersekretär für Aschersleben gesucht.

Das Gewerkschaftskartell Aschersleben beabsichtigt zum 1. Oktober cr. einen Arbeitersekretär mit einem Anfangsgehalt von 2100 Mk., steigend um 100 Mk. pro Jahr bis zum Höchstgehalt von 2700 Mk. einzustellen. Bewerber haben einen Aufsatz „Die Aufgaben eines Arbeitersekretärs“ beizufügen und bis zum 15. Juli d. J. mit entsprechender Aufschrift an den Kartellvorsitzenden H. S e n n e b e r g, Aschersleben, Staßfurter Höhe 45c, gelangen zu lassen.

### 3. Gewerkschaftskonferenz für das Großherzogtum Hessen.

Am 18. Mai tagte in Offenbach eine Landeskonferenz der hessischen Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle. Vertreten waren 42 Kartelle mit 92 Vertretern und 28 Gewerkschaften mit 115 Delegierten. — Ueber die Wahlen der Vertreter zu den Versicherungsträgern und -behörden und über die Vertretung vor den Versicherungsämtern referierten die Arbeitersekretäre Sparr-Dortmund und Engelmann-Mainz. Es sei im Interesse der Versicherten nicht nur erforderlich, für gute Weisheitswahlen zu sorgen, sondern die Vertretung der klagenden Versicherten vor den Spruchkörpern durch die Arbeitersekretariate müßte ausgebaut werden und die örtlichen Organisationen müßten den Sekretariaten bei Bemilligung von Kosten für ärztliche Gutachten mehr entgegenkommen.

Centralarbeitersekretär Wissell empfahl namens der Generalkommission die Errichtung eines Bezirksarbeitersekretariats in Darmstadt, dem Sitz des hessischen Oberversicherungsamtes. Da die Oberversicherungsämter nach der Reichsversicherungsordnung sehr viele richterliche Funktionen des Reichsversicherungsamtes übernehmen, namentlich die Renteminderungsachen, sei ein solches Sekretariat unbedingt nötig. Die Centralvorstände der Gewerkschaften seien einverstanden, daß die Kosten in Höhe von etwa 15 Pf. pro Kopf und Jahr von den örtlichen Organisationen aufgebracht werden.

Es wurde hierzu folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz erkennt an, daß den unfallverletzten, kranken und invaliden Arbeitern zur Wahrung ihrer Rentenansprüche eine Vertretung vor den Versicherungsämtern und dem Oberversicherungsamt gesichert werden muß.“

Die hier vertretenen Gewerkschaften erklären sich bereit, ihren unterstützungsberechtigten Mitgliedern den erforderlichen Rechtsschutz zu gewähren durch Bereitstellung der erforderlichen Vorkosten für ärztliche Gutachten usw.

Weiter erklärt sich die Konferenz bereit, um den Anregungen der Konferenz zu entsprechen, an die Errichtung eines Bezirksarbeitersekretariats für die Gewerkschaften heranzugehen und die erforderlichen Mittel zu beschaffen.“

Eine hessische Centralagitationskommission mit dem Sitz im Vororte Mainz soll die Wahlarbeiten

für die sozialen Wahlen und die Errichtung des Sekretariats vorbereiten.

Ueber die gewerkschaftlich-konsumgenossenschaftliche „Volksfürsorge“ referierte Thomas-Mainz. Es sollen in dem Frankfurt-Hessischen Interessengebiet Verwaltungskommissionen mit Rechnungsführern in Worms, Mainz, Wiesbaden, Höchst, Frankfurt, Hanau, Offenbach, Darmstadt, Friedberg, Gießen und Wehlar geschaffen werden, die nach oben mit der Hamburger Centrale, nach unten mit örtlichen Unterkommissionen zusammenarbeiten sollen. Die Konferenz stimmte dem Vorschlage zu. Bezüglich des Systems der Propagandatätigkeit und der Beitragskassierung wurde beschlossen, diese Regelung den örtlichen Unterkommissionen in Gemeinschaft mit den Verwaltungskommissionen zu überlassen.

## Andere Organisationen.

### Aus den polnischen Gewerkschaften.

Die „Polnische Berufsvereinigung“ in Deutschland besteht bekanntlich aus drei Berufsabteilungen: Bergarbeiter; Hütten-, Fabrik- und Metallarbeiter; Handwerker. Die Abteilung der Hüttenarbeiter hielt soeben in Essen a. Ruhr ihre zweite Generalversammlung ab.

Vertreter der deutschen Presse sowie der freien Gewerkschaften wurden dort nicht zugelassen und die Berichte des „Biarus Polski“ sind so geheimnisvoll, daß man annehmen muß, die Führer hätten recht großes Interesse daran, möglichst im geheimen zu treiben. Die polnische Presse gibt auch nur an, wer alles in der Diskussion gesprochen hat, nicht aber, was gesagt worden ist.

Anwesend waren 23 Delegierte, der Vorstand, die Revisoren, Sofinski vom Hauptvorstand und Vertreter der polnischen Presse. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen:

Am 1. Januar 1911 waren insgesamt 11 386 Mitglieder in 103 Filialen und 10 Zahlstellen. Zum Zwecke der Agitation wurden abgehalten 1011 Zahlstellenversammlungen, 132 öffentliche, 56 Belegschaftsversammlungen und 138 Konferenzen der Vertrauensleute. Neugegründet wurden 25 Filialen bzw. Zahlstellen. In den zwei Berichtsjahren sind eingetreten 9030 neue Mitglieder und 1792 aus „deutschen Verbänden“ übergetreten.

Eingegangen sind die Zahlstellen Sterkrade und Nuzel in Westfalen und Oitrowo und Schrimm in Posen. An die Bergarbeiterabteilung wurden vier Zahlstellen mit 67 Mitgliedern abgetreten. 102 Mitglieder sind verstorben. Am Schluß der beiden Berichtsjahre sind 11 422 (darunter 128 weibliche) Mitglieder in 130 Zahlstellen verblieben.

Nach dem Kassenbericht betrug im Jahre

	1911	1912
die Einnahme . . .	116 483,20 Mk.	152 760,92 Mk.
die Ausgabe . . .	89 596,16 "	106 181,22 "
der Ueberschuß . . .	26 887,04 "	46 629,70 "

Der Ueberschuß wird an die Centralkasse aller drei Abteilungen abgeliefert. Wie groß der Anteil jeder Abteilung daran ist, wird nicht angegeben. Die Hauptposten der Ausgaben sind die für Krankenunterstützung und Verwaltungszwecke, welche letztere mindestens dreimal so teuer sind, wie in den Centralverbänden. (Näheres darüber werde ich mitteilen, sobald der Gesamtbericht des Centralvorstandes der Polen veröffentlicht sein wird.) Nachstehende Aufstellung illustriert das Ausbreitungsgebiet dieser Abteilung in folgenden 17 Bezirken:

1. Bez. Düsseldorf . . . .	} mit zus. 4 155 Mitgliedern	
2. " Essen . . . . .		
3. " Oberhausen . . . .		
4. " Dortmund . . . . .		
5. " Bremen . . . . .		
6. " Hamburg . . . . .		" " 1 482 "
7. " Hannover und Umgegend . . . . .		" " 344 "
8. " Leipzig u. Umg. . . .		" " 175 "
9. " Brandenburg . . . .		" " 140 "
10. " Posen . . . . .		} " " 603 "
11. " Westpreußen . . . .		
12. " Königshütte D. S. . .		} " " 4 523 "
13. " Rattowitz " . . . .		
14. " Gleiwitz " . . . .		
15. " Beuthen " . . . .		
16. " Zabrze " . . . .		
17. " Rybnik " . . . .		

Diese Mitglieder setzen sich aus folgenden Berufen zusammen: 1 Bäcker, 2 Fleischer, 2 Witwen (1), 9 Landarbeiter, 11 Schneider, 16 Buchdrucker, 22 Schuhmacher, 43 Kaufleute (Abonnenten), 78 Transportarbeiter, 80 Bergarbeiter, 132 Holzarbeiter, 195 Bauarbeiter, 243 Textilarbeiter, 216 Maschinisten, 342 Invaliden (1), 2090 Metallarbeiter, 2407 Hüttenarbeiter und 5447 Fabrikarbeiter. Angesichts dieser Vielseitigkeit hat man den Abteilungsnamen erweitert in „Metall-, Hütten-, Fabrikarbeiter und verwandte Berufe“.

In den Vorstand wurden wiedergewählt Andreas Przychyła, Johann Muszkieta als Vorsitzende, Johann Korpus als Schriftführer, und Alexander Piec und Ignaz Sitora als Kassierer, sowie Joseph Skwara und Ignaz Skandora als Revisoren.

Aus dem Vorstandsbericht ist noch zu ersehen, daß für die Referenten in einem 14tägigen Kursus von Herrn Korfanth Unterricht erteilt wurde. Herr Korfanth ist ein politischer Agitator, dessen politisch sehr bewegte Vergangenheit ihm das politische Genick gebrochen hat. Von seinem früheren Radikalismus ist nichts mehr übriggeblieben, als der noch größere blinde Haß gegen die Sozialdemokratie, die er stets mit den freien Gewerkschaften identifiziert. In diesem Sinne wird er auch seine Schüler bearbeitet haben. Als weiteres „Bildungs“material hat der Vorsitzende dieser Abteilung einige Broschüren herausgegeben, wie auch der Zentralvorsitzende Sofinski, welche aus dem Material des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zusammengestellt worden sind. Vorstandsmitglieder der Polnischen Gewerkschaft haben unter diese Broschüren nur ihre Namen gesetzt; denn es ist bekannt, daß sie wohl willig aber nicht fähig sind, solche Pamphlete gegen die freien Gewerkschaften zusammenzuschreiben beziehungsweise zu übersetzen. Die politischen Drahtzieher haben diese Broschüren angefertigt, wie das die München-Glabbacher für die „Christen“ tun.

Der Polnischen Berufsvereinigung wird es genau so ergehen — wie ihrem „geistigen Leiter“. Auch sie schwankt von einem Extrem zum anderen. Aber vor allem sind ihre Agitationsmethoden nur danach zugeschnitten, um möglichst viel Mitglieder zu gewinnen um jeden Preis. Als Hauptföder gelten: Die von der Pt. Regierung genährte nationale Phrasie, die fortgesetzt bis zum Ueberdruß betonte Christlichkeit, die „hohe“ Unterstützung und der niedrige Beitrag. Die nationalpolnische Presse unterstützt in diesem Sinne die ganze Gewerkschaft so stark wie sie die freien Gewerkschaften bekämpft, weil ihr die Mitglieder der polnischen Verbände als Geschäftsobjekte

sehr willkommen sind und geradezu ihre Existenzbedingung bilden. Trotz all dieser künstlichen Agitationsmittel können die polnischen Arbeiter dieser Gewerkschaft keinen rechten Geschmack abgewinnen. Dort wird „des Guten“ zuviel geboten und dann wird es bekanntlich zum Ekel. Der fanatische Haß und unehrliche Kampf gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften — wie er besonders von den obererschlesischen Führern der Polen geführt wird — stößt die fortgeschrittenen Mitglieder ab. Andere gehen wieder, weil ihnen die stetige religiöse Phrasie zum Hals heraushängt; nachdem sie es jeden Tag erleben, daß der Geistliche anstatt die Nächstenliebe zu predigen, versöhnend zu wirken, sich in der Hauptsache als Agitator der Skatisten produziert. Die nationale Phrasie wird dann ihre Zugkraft verlieren, wenn die Arbeiterpartei in Deutschland stark genug sein wird, der Regierung beizubringen, daß die schändliche Polenpolitik eines Kulturstaates unwürdig ist, ebenso unwürdig ist, wie die Bereicherung auch der polnischen Junker auf Kosten der Arbeiter durch diese Polenpolitik.

Die Methode des niedrigen Beitrages ist beim jüngsten obererschlesischen Streik vollständig bankrott geworden. Anstatt der jahrelang versprochenen „hohen“ Unterstützung erhielten nur die „meist bedürftigen“ für drei Wochen Streikzeit 2 bis 6 Mk. Als dann die Mitglieder den Führern mit Prügeln drohten (einige wurden ziemlich schwer verhalten), wurde der Streik plötzlich abgebrochen, als er noch auf der Höhe stand. Die Erbitterung war um so größer, als vor und während des Streiks sogar den Unorganisierten Streikunterstützung versprochen wurde, wenn sie der polnischen Organisation beitreten. Darauf haben sich auch 30 000—40 000 Mitglieder während des Streiks angeschlossen. Nachher ließen die Führer nicht nur diese ohne Unterstützung, sondern ließen auch ihre alten Mitglieder im Stich und haben Oberschlesien fluchtartig verlassen. Das bedeutet den moralischen Bankrott der Polen in Oberschlesien. Mit unerfüllbaren Versprechungen wollten sie große Geschäfte machen; jetzt folgt der Katzenjammer — der Zusammenbruch. Es gab vordem schon Massenflucht, denn der Bericht des Vorstandes geißelt selbst ein, daß aus der Hütten . . . Abteilung allein 10 417 Mitglieder ausgetreten sind. Wie mag es jetzt erst dort aussehen?

Die meisten polnischen Arbeiter haben es bis jetzt schon gemerkt, daß in den Centralverbänden ihre Interessen am besten gewahrt werden, und die es nicht wußten, haben es jetzt in Oberschlesien ganz bitter erfahren. Mögen sie daraus die Konsequenzen ziehen.

J. Adamek.

## Mitteilungen.

### Zur Beachtung für alle Arbeiter, welche nach Frankreich zu reisen gedenken.

Wie alljährlich, so macht sich auch in diesem Frühjahr ein ziemlich starker Zuzug deutschsprechender Arbeiter nach Frankreich und speziell nach Paris bemerkbar. Die nachfolgenden Zeilen sollen nun durchaus nicht bezwecken, alle Wanderlustigen abzuhalten, ihre Schritte hierher zu lenken. Nur auf einige Konsequenzen möchten wir an dieser Stelle aufmerksam machen, die nach unferer Beobachtung von vielen außer acht gelassen werden, welche Paris oder eine andere französische Stadt zu längerem oder kürzerem Aufenthalt aufsuchen.